Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Inſertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitſchrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenſtraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Poſt-Anſtalten Beſtellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erſcheint.

Nr. 96. Mittag-Ausgabe. Vierundfünfzigſter Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 26. Februar 1873.

Deutſchland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

50. Sitzung des Abgeordnetenhauſes. (25. Februar.)

11 Uhr. Am Miniſtertiſche Dr. Falk, Achenbach und mehrere Commiſſarien.

Die zweite Berathung des Etats des Cultusminiſteriums und die geſtern unterbrochene Discuſſion über Poſition 115 (Oberkirchenrath) wird fortgeſetzt.

Abg. Glaſer: Ich gebe zu, daß dem Oberkirchenrath in ſeiner gegenwärtigen Verfaſſung ein unzulängliches Recht zuſteht. Bei der gegenwärtigen Lage der Kirche, bei den Spannungen innerhalb derſelben, bei der ſchwierigen Lage, die die Kirche dem Staate gegenüber hat, iſt es wahrlich zu wünſchen, daß die proteſtantiſche Kirche eine Vertretung hätte, die in ſich ſelbſt begründet und nach keiner Seite hin abhängig wäre. Das iſt leider nicht der Fall; der evangeliſche Oberkirchenrath erſtreckt ſeine Autorität nicht einmal über ſämmtliche proteſtantiſche Kirchen der altländiſchen Provinzen; in Schleswig-Holſtein und Heſſen-Naſſau vertritt der Cultusminiſter dieſe Stelle und er hat ſchon geſtern auf die Schwierigkeit ſeiner Stellung hingedeutet: auf der einen Seite iſt er Vertreter des Staates, auf der anderen Organ der Kirche; er geräth alſo mit ſich ſelbſt in Conflict. — Auch darin bin ich mit den Gegnern einverſtanden, daß der Oberkirchenrath nicht dasjenige geleiſtet hat, was von ihm erwartet wurde, nämlich der proteſtantiſchen Kirche eine Verfaſſung zu geben. Ich will aber den Vorwurf nicht den Perſonen machen, ſondern der Grund liegt in der ungünſtigen Stellung, welche er einnimmt. Von den Gründen, die für eine Nichtbewilligung der Poſition angeführt wurden, ſcheint mir nur einer wichtig, nämich der, daß der Oberkirchenrath nicht verfaſſungsmäßigen Urſprungs ſei; er beruht auf einer königlichen Verordnung und man hat geglaubt, die Summe abſetzen zu können. Der Herr Miniſter hat ſchon geſtern darauf hingewieſen, daß die Verfaſſungsmäßigkeit nicht angezweifelt werden könne und meine Anſicht iſt dieſelbe.

Seit 1850 iſt die Poſition Jahr für Jahr bewilligt worden. Der Abgeordnete Müller hat eine Zahl von Entſcheidungen des Oberkirchenrathes angefochten, die ihm nicht gefallen. Wenn einem Mitgliede des Hauſes die Entſcheidungen nicht gefallen, ſo folgt doch nicht daraus, daß das Haus die Poſition nicht bewilligen ſoll. Er hat ferner die Nichtverantwortlichkeit der Behörde betont, die zu wenig unter dem Einfluß des Miniſteriums ſtehe; meiner Anſicht nach ſteht ſie viel zu ſehr unter dieſem Einfluß. Ein fernerer Grund iſt, man wiſſe nicht, wie die Entſcheidung in der Angelegenheit des Prediger Sydow ausfallen werde. Mag dieſe Entſcheidung ausfallen wie ſie will, ſie wird nicht endgiltig ſein. Ferner hat der Abgeordnete Müller kein Vertrauen zu dem gegenwärtigen Präſidenten des Oberkirchenrathes; der Herr Cultusminiſter hat dagegen geſtern ausgeführt, was für eine Perſönlichkeit der Präſident iſt. Aber weder das Mißtrauen des Abg. Müller, noch das Vertrauen des Herrn Miniſters kann mich beſtimmen; ich bewillige die Summe, weil der Präſident auf geſetzlichem Wege zu ſeiner Stelle berufen iſt. Der Oberkirchenrath wird ja nun Hand anlegen, daß er ein Organ der Kirche werde, und daß endlich eine Verfaſſung zu Stande kommt.

Abg. Dr. Virchow: Nach den geſtrigen Bemerkungen des Cultusminiſters gegen einige meiner Freunde fühle ich mich verpflichtet, unſere Stellung beſtimmter zu bezeichnen. Ich darf daran erinnern, daß wir in jeder Seſſion den Verſuch erneuert haben, die in Frage ſtehende Poſition abzuſetzen. Wenn wir zum erſten Male dieſen Verſuch machten, ſo läge die Sache anders. Wir ſtehen auf dem Standpunkte, daß wir den Oberkirchenrath für nicht-verfaſſungsmäßig und ſeine Organiſation für unzweckmäßig halten; weder ſeinem Urſprung noch ſeiner Exiſtenz nach hat er ein Anrecht ſo fortzubeſtehen, wie er beſteht. Es würde ſich nur fragen, ob die gegenwärtige Situation eine ſo große Aenderung hervorgebracht hat, daß wir von einem ſolchen Antrag, den wir immer für Recht gehalten und immer vertreten haben, zurückſtehen ſollten. Es liegen zweierlei Umſtände vor: der Herr Cultusminiſter iſt neu eingetreten und es iſt ein neuer Präſident des Oberkirchenrathes einberufen. Dieſe könnten zum Abwarten veranlaſſen. Dieſer Grund iſt vollkommen gerecht vom Standpunkte des Cultusminiſters aus und ich mache ihm keinen Vorwurf, aber ich bitte, daß man auch uns keinen Vorwurf mache. Wir erkennen es nicht als richtig an, daß ein Miniſter ohne ein beſtimmtes Programm eintritt; denn es wäre ſehr wünſchenswerth, im Voraus ahnen zu können, was aus der Sache werden wird. So entwickelt ſich ein Programm erſt nach und nach und wir befinden uns fortwährend im Werden. Wenngleich wir das Entſtehende manchmal mit großer Theilnahme entgegennehmen können, ſo iſt das doch kein entſcheidender Grund, auf unſern Antrag zu verzichten. Ein anderer Grund für denſelben liegt in den kirchlichen Verhältniſſen überhaupt. Der Herr Cultusminiſter hat mit einer gewiſſen Erregung darauf hingewieſen, daß es ſich nicht gezieme, in einer Zeit, wo ſchon ſo viele kirchliche Schwierigkeiten exiſtiren, auch dieſe noch zu erheben.

Wir haben die Meinung, dieſe Schwierigkeiten ſollten dem Herrn Cultusminiſter ein Fingerzeig ſein, daß er nicht auf dieſer Bahn weiter gehe und ſich einen neuen Clerus ſchafft, der nach kurzer Zeit eine neue Schwierigkeit für die Staatsverhältniſſe hervorbringen wird. Er hat ſchon geſtern einiges unwillkürlich angedeutet; als er von der evangeliſchen Kirche und der ihr verfaſſungsmäßig eingeräumten Stellung ſprach, hat er ſich auf die evangeliſche Landeskirche bezogen, aber auch geſagt, ſie gehe über Preußen hinaus. Wenn ſich die evangeliſche Kirche über den ganzen Erdkreis verbreitet, wie die katholiſche, wenn Sie von einer freien Kirche ſprechen, die ſich ſelbſt organiſiren ſoll, auch ſogar der Abgeordnete Glaſer, der doch ſonſt nicht für die freiheitliche Organiſation begeiſtert iſt, ſo frage ich ihn, was für eine Freiheit meint er denn? Seiner Meinung nach iſt es eine Wohlthat für uns, wenn ſich eine evangeliſche Landeskirche mit feſt geſtalteter Hierarchie entwickelt, ausgeſtattet mit beſonderen Rechten. Wir haben dagegen ausgeſprochen, daß wir der religiöſen Freiheit vollen Boden ſchaffen, wenn wir die kirchlichen Gemeinden ausſtatten mit allen Rechten, die nothwendig ſind, um die freie Religionsübung zu ſichern. Wenn dieſe Gemeinden ſich nachher organiſiren wollen, wenn ſie zu Organiſationen ſchreiten wollen, die innerhalb der Staatsgeſetze möglich ſind, ſo habe ich ja nichts dagegen, aber ich habe nicht die Meinung, daß man dazu nur eine Behörde zu ſchaffen braucht, wie den Ober-Kirchenrath, der einerſeits eine Art Staatsorganiſation darſtellt und andererſeits die höchſte Gewalt in der Kirche repräſentiren ſoll.

Die Geſchichte aller Hierarchien hat gelehrt, daß jede derartige Schöpfung dahin führen muß, dieſe Hierarchie als eine wirkliche Macht der Staatsgewalt entgegenzuſtellen, und Niemand wird bezweifeln, daß ſich aus ſolchem Machtverhältniß ſchließlich ein Kampf entwickelt. Wozu wir, die wir eine ſolche Kirche gar nicht haben, uns in die Lage verſetzen wollen, auf höchſt kunſtvolle Weiſe von oben herunter dieſe Organiſation zu machen, den Oberkirchenrath als die competente Stelle anzuerkennen, die gelegentlich auch über die Dogmen allerlei Art entſcheiden kann, die dieſelbe Unfehlbarkeit beanſpruchen kann, wie der Papſt, das vermag ich nicht zu begreifen. Die bei uns in Preußen traditionellen Geſichtspunkte ſind ja allerdings durch die Verfaſſungsartikel aufgegeben, und ich verſtehe nicht, wie jene ſonderbare Fiction vom kirchenherrlichen Regiment, die mit dem Straßenfiscus genau auf derſelben Linie ſteht (Heiterkeit) — welchen ich in voriger Seſſion hier einmal ausführlicher behandelt habe, — noch in die heutigen Verfaſſungsverhältniſſe hineinkommen kann. Dieſelbe beruht der Verfaſſung gegenüber auf keiner Rechtsbaſis, und ich kann nicht anerkennen, daß dieſe ganze Art, wie der Herr Cultusminiſter in der Organiſation der evangeliſchen Kirche vorgeht, indem er ſich zuerſt einen Präſidenten des Oberkirchenraths ausſucht, der ſeiner Meinung nach geeignet iſt, dann wieder andere Dinge durch ihn ſchaffen läßt, die dieſem geeignet ſcheinen, jene unſchädliche und doch freiheitliche Entwickelung der Kirche herbeiführen ſoll, von der man hier ſo viel träumt.

Einfacher wäre es, wenn man den Oberkirchenrath vorläufig ſuspendirte und die Sache, ſoweit ſie ſtaatlich geleitet werden muß, von einer verantwortlichen Perſon leiten ließe. Inzwiſchen könnte man anfangen, von der Gemeinde aus die Selbſtſtändigkeit der evangeliſchen Kirche herzuſtellen. Das thut der Freiheit und Ernſthaftigkeit der Religionsübung keinen Eintrag, wie z. B. das Judenthum zeigt. Dieſes hat der Weltgeſchichte die merkwürdige Erſcheinung geboten, daß es beide eben beſprochenen Formen nach einander durchlebt hat. Lange herrſchte es als reine Theokratie in einem beſonderen Staat, nachher ſetzte es ſich auf der Baſis der freien Gemeinde fort. Zu welcher Zeit es kräftiger war, ſeine Angehörigen beſſer zuſammenhielt und mit dem Geiſte religiöſer Ueberzeugung durchdrang, mag dahingeſtellt ſein; jedenfalls ſteht in dieſer Beziehung die zweite Periode der erſten nicht nach. Lieſt man die Klagen der alten Propheten über den Unglauben in Israel, ſo finden wir in heutiger Zeit bei uns ganz Aehnliches. Ich glaube nicht, daß man daraus eine Verſchlechterung der religiöſen Situation des Judenthums a leiten kann. Dieſes Beiſpiel zeigt aber, wie auch der Katholicismus ohne den Papſt und die evangeliſche Kirche ohne den Oberkirchenrath exiſtiren könnte. (Heiterkeit und Beifall links.)

Referent Abg. Miquel: Zweifellos iſt die Aufgabe des Oberkirchenraths, der evangeliſchen Kirche eine Synodalverfaſſung zu verſchaffen und ihr eine ſelbſtſtändige Stellung zu geben, noch nicht erfüllt. Es beſtehen über die verfaſſungsmäßige Stellung des Oberkirchenrathes verſchiedene Anſichten. Wenn die Poſition ſeit vielen Jahren hier vom Hauſe bewilligt worden iſt, ſo wird dadurch die Frage, ob das Haus das Recht hat, die Poſition abzuſetzen, in keiner Weiſe alterirt. Haben wir das Recht dazu, dann behalten wir es auch, wenn wir in dieſem Jahre die Poſition noch bewilligen; eine principielle Verfaſſungsfrage wird hierbei nicht entſchieden, es handelt ſich nur um eine Opportunitätsfrage. Wie lag die Sache früher? Jahrelang iſt die Poſition bewilligt worden, obwohl irgend ein beſtimmter Wille den Oberkirchenrath ſeinem Berufe zuzuwenden nicht vorhanden war und derſelbe keine Anſtalten machte, ſeine Aufgabe zu löſen. Heute haben wir die beſtimmte Erklärung der Staatsregierung, daß die Einleitungen getroffen ſind, um Synodalverfaſſung zu ſchaffen. Dieſer Erklärung werden hoffentlich bald entſchiedene Schritte folgen. Wenn an dem neuen Präſidenten des Oberkirchenraths getadelt wird, daß er einer beſtimmten Partei angehöre, ſo glaube ich, daß man gänzlich außer Stande iſt, irgend einen hervorragenden Mann zu finden, der nicht einer oder der andern Partei angehörte. Es kann alſo aus der Perſon ein Grund nicht entnommen werden, dem Oberkirchenrath jetzt, wo er ſeine Aufgabe löſen ſoll, die Mittel zu entziehen. Wir werden bei einer andern Poſition, wo 25,000 Thlr. zur Durchführung der Synodalverfaſſung verlangt werden, Gelegenheit haben, den Plan des Miniſters in dieſer Beziehung kennen zu lernen. So viel iſt unzweifelhaft: ohne Zuſtimmung des Abgeordnetenhauſes kann ſie nicht eingeführt werden. Warten Sie alſo den Erfolg der nächſten Maßregeln ab, und bewilligen Sie jetzt die Poſition.

Bei der Abſtimmung wird dem Antrage des Abg. v. Saucken-Tarputſchen entgegen die Poſition von 29,314 Thlr. für den evangeliſchen Oberkirchenrath bewilligt; nur die Fortſchrittspartei ſtimmt gegen die Bewilligung.

Zu Cap. 116 Tit. 7 und 8 (Conſiſtorien in Schleswig-Holſtein und Heſſen-Naſſau) bemerkt Referent Miquel: die Commiſſion hätte es für nöthig gehalten, die Poſitionen für die einzelnen Conſiſtorien, die im Etat zuſammengeworfen ſind, zu trennen. Außerdem iſt eine Summe von 3870 Thlr. gefordert, um für die drei heſſiſchen Conſiſtorien ein Geſammt-Conſiſtorium zu ſchaffen. Die Regierung hat die Frage, ob dadurch in der Competenz etwas geändert wird, verneint. Es war nur die Abſicht, eine zweckmäßigere Einrichtung zu treffen. Die Beamten der Conſiſtorien verwalten ihr Amt nur als Nebenamt, alſo iſt das Conſiſtorium durch Verſetzungen häufigen Perſonenveränderungen ausgeſetzt. Durch die Herſtellung eines Geſammt-Conſiſtoriums würden die Aemter dauernd beſetzt werden. Ich empfehle Ihnen alſo, die Summe zu bewilligen.

Cultusminiſter Dr. Falk: Ich habe nur die Verpflichtung, das Thatſächliche, was der Referent vorgetragen, zu beſtätigen. Es handelt ſich nur um eine Zuſammenraffung der Kräfte aus den Gründen, die eben mitgetheilt ſind. Ich bin dringend von allen Seiten aufgefordert worden, wenn nicht weitere Schritte geſchehen, mindeſtens zu dieſem Schritte die Zuſtimmung des hohen Hauſes zu erzielen. Ich conſtatire, daß damit der weiteren Entwickelung der Dinge in keiner Weiſe präjudicirt iſt. Es liegt in der Organiſation mancher Mangel, der Beſeitigung fordert. Die Frage der Synodalverfaſſung iſt in keiner Weiſe präjudicirt; ſie wird in Heſſen eben ſo durchgeführt werden, wie es für alle Provinzen unter allſeitiger Anerkennung in Ausſicht genommen iſt.

Hierauf wird dieſe Poſition nach dem Antrage der Budgetcommiſſion zerlegt und die Extraforderung bewilligt.

Zu Cap. 117 (Evangeliſche Geiſtliche und Kirchen) und Cap. 120 (Katholiſche Geiſtliche und Kirchen) ſind 398,904 Thlr., reſp. 449,677 Thlr. für Beſoldung und Zuſchüſſe ausgeſetzt. Die Abgg. Richter (Hagen), Rickert, Virchow, Blankenburg und Göcke beantragen neben einiger materiellen Aenderungen der zu bewilligenden Summen, die unerhebliche ſind, zu dieſen Capiteln folgende zwei Reſolutionen: die Staatsregierung aufzufordern, 1) im nächſten Etat die auf ſpeciellen Geſetzen beruhenden Ausgaben nach Maßgabe derſelben zum Gegenſtand beſonderer Titel zu machen, ſowie auch die übrigen auf dieſen Titel angewieſenen Ausgaben nach Zweck und Entſtehungsgrund thunlichſt zu ſondern; 2) in der nächſten Seſſion ein Verzeichniß derjenigen Ausgabepoſitionen mitzutheilen, welche nach Emanation reſp. Einführung der Verfaſſungsurkunde auf dieſe Titel neu angewieſen oder von anderen Titeln übertragen ſind.

Abg. Richter bekundet ſeine Abneigung, mit ſelbſtſtändigen Anträgen neben denen der Budget-Commiſſion vorzugehen, ſieht ſich aber in dieſem Falle dazu gezwungen, weil die Commiſſion an dem Tage, an welchem ſie die Vorlage genehmigte, in Folge concurrirender Arbeiten von ſieben andern Commiſſionen ſo unvollſtändig beſucht war, daß die Minderheit im Hauſe zufällig die Mehrheit in der Commiſſion bildete und abweichenden Anſichten der Weg zur Kenntniß des Plenums zu gelangen, vollſtändig abgeſchnitten würde, wenn ſie nicht die Form ſelbſtſtändiger Anträge annehmen. Es handelt ſich im vorliegenden Fall um die Anerkennung der vom Staate den Kirchen zu gewährenden Zuſchüſſe, bevor noch die Auseinanderſetzung zwiſchen Staat und Kirche bezüglich des Kirchen-Vermögens ſtattgefunden hat. Referent Miquel will einſtweilen den status quo anerkennen und hält es nicht für gerathen, an ihm zu rütteln. Dagegen hält Abg Glaſer es an der Zeit, vor allen Dingen eine alte und dringende Schuld an den hervorragendſten Gläubiger abzutragen. Im Jahre 1810 hat man Kirchen-Vermögen eingezogen, um die Contribution an Frankreich bezahlen zu können; wäre es nicht an der Zeit dies gewaltſam gemachte Darlehn jetzt aus den franzöſiſchen Milliarden zurückzuzahlen? (Beifall rechts) Das mag unliebſam klingen zu einer Zeit, wo das Intereſſe an der Kirche, wie der verminderte Beſuch aller theologiſchen Facultäten beweiſt, die Herzen der Menſchen nicht erfüllt; aber gerecht iſt es doch. Die Reſolutionen haben den Zweck, das Kirchenvermögen zu ſchädigen. (Lebhafter Beifall rechts)

Der Vertreter der Staatsregierung theilt den Wunſch nach Wiedergabe des ſäculariſirten Kirchenvermögens an den ehemaligen Beſitzer nicht und hält Thatſachen, die der Geſchichte angehören, nicht für discutabel. Mit dem Gedanken an die von den Antragſtellern ins Auge gefaßte Auseinanderſetzung iſt die Regierung wohl vertraut und möchte nur nicht eine Zuſage auf ſo raſche Erfüllung jenes Wunſches machen, wie ſie von den Antragſtellern verlangt wird. — Abg. Richter (Hagen) bezeichnet die Forderung Glaſers, der Kirche alles ſäculariſirte Gut von der Zeit der Reformation an bis zur Zahlung der franzöſiſchen Contribution zurückzuerſtatten als den Ausdruck eines ſeltſamen und verfaſſungswidrigen Gelüſtes. Für die Leiſtungen des Staates an die Kirchen giebt es keine andere Quelle als die Verfaſſung; was man ihr ſonſt giebt, wird ihr lediglich ex gratia gegeben, ein Anſpruchsrecht beſitzt ſie nicht. Der Zweck der (oben kurz bezeichneten) Anträge iſt die Unterſcheidung zwiſchen den verfaſſungsmäßig zu leiſtenden Beiträgen und Zuſchüſſen zur Erhaltung kirchlicher Einrichtungen und den von der Staatsregierung zu gewährenden Mitteln für neu auftretende Bedürfniſſe ſorgfältig aufrecht zu erhalten und einer Vermiſchung der letzteren mit den erſteren vorzubeugen, damit jenen nicht der Charakter einer verfaſſungsmäßigen Verpflichtung beigelegt werde, der ihnen nicht gebührt und die unvermeidliche Auseinanderſetzung zwiſchen Staat und Kirche in Zukunft nicht zum Nachtheil des Staates erſchwert werde.

Nach einer längeren Debatte werden die auf veränderte Etatiſirung der Cap. 117 und 120 gerichteten Anträge von Richter und Gen. abgelehnt und die verlangten Zuſchüſſe der Budgetvorlage gemäß genehmigt. Auch die beiden Reſolutionen werden abgelehnt, obwohl der Aufforderung, welche die erſte derſelben ausſpricht, nach einer nachträglichen Aenderung Richter's nicht nothwendig ſchon im nächſten Etat nachgekommen werden ſollte.

Zu Cap. 118 Tit. 1 (Bisthum Ermland 35,080 Thlr.) führt Referent Miquel aus: die Budgetcommiſſion empfiehlt Ihnen, dieſe Summe zu bewilligen und ſie nicht erſt zum Gegenſtand einer aufregenden und nutzloſen Debatte zu machen. Die Regierung hat zwar dem Hauſe den zwiſchen ihr und dem Biſchof von Ermland geführten Briefwechſel mitgetheilt und uns dadurch gewiſſermaßen zu einem Urtheil in der Sache provocirt. Aber inzwiſchen iſt die Lage der Dinge eine völlig andere geworden. Die Regierung hat Geſetzentwürfe eingebracht, nach deren Emanation von einem Nothſtande des Staats gegenüber der Kirche nicht mehr die Rede wird ſein können; ferner hat der Biſchof wegen Vorenthaltens ſeiner perſönlichen Dotation den Rechtsweg gegen die Regierung beſchritten, ſo daß die Frage auf dieſem Wege ſchon zum Austrag gebracht werden wird; endlich verlangt die Regierung ſelbſt die Bewilligung der ungeſchmälerten Summe. Unter dieſen Umſtänden hofft die Commiſſion, daß das Haus in allen ſeinen Theilen auf eine Diskuſſion über dieſe Poſition verzichten wird; es wird im Laufe der Seſſion nicht an Debatten fehlen, in denen die Geiſter heiß genug auf einander platzen können. (Zuſtimmung im Centrum.) Die Poſition wird ohne Debatte genehmigt.

Zu Capitel 123 (Univerſitäten) beantragt die Budgetcommiſſion die Annahme folgender zwei Reſolutionen: Die Regierung aufzufordern, 1) für den nächſtjährigen Etat eine anderweitige Regulirung der Gehälter der wiſſenſchaftlichen Beamten (Aſſiſtenten) an den Univerſitäten und Muſeen, ſowie der königl. Bibliothek eintreten zu laſſen, 2) einen Geſetzentwurf einzubringen, welcher die Aufhebung der akademiſchen Gerichtsbarkeit ausſpricht. In Bezug auf die erſtere führt Ref. Virchow aus, daß die Kuſtoden der wiſſenſchaftlichen Sammlungen an den Univerſitäten die in ihren ſpeciellen Fächern von ganz Europa anerkannte Capacitäten ſeien, geradezu kläglich beſoldet und im vergangenen Jahre bei der Gehaltserhöhung völlig unzulänglich bedacht ſeien; durchſchnittlich betrage das Gehalt dieſer im Dienſt der Wiſſenſchaft ergrauten Männer wenig mehr, als der Minimalbetrag des Gymnaſiallehrergehalts; der Kuſtos der ornithologiſchen Sammlung an der Berliner Univerſität habe nach dreißigjähriger Dienſtzeit 600 Thlr. Gehalt gehabt und im vergangenen Jahre 75 Thlr. Zulage erhalten. Ebenſo ſtände das Gehalt der Beamten an der Bibliothek und am Muſeum in kläglichem Verhältniß zu ihrer Bildung und ihren Leiſtungen. In Bezug auf die zweite Reſolution beſchränkt ſich der Referent diesmal darauf, an den Zuſtand der Rechtsgleichheit an den deutſchen Univerſitäten zu erinnern, der dadurch entſtanden ſei, daß Kiel und Göttingen die akademiſche Gerichtsbarkeit nicht mehr hätten.

Abg. Reichenſperger (Koblenz) rügt, daß die Profeſſoren am Lyceum Hoſianum in Braunsberg ſchlechter beſoldet ſeien, als die Oberlehrer an dem Gymnaſium derſelben Stadt. Ein Profeſſor, der früher am Gymnaſium Oberlehrer geweſen ſei, habe nunmehr nach ſeiner Beförderung fünfhundert Thaler weniger Gehalt.

Regierungscommiſſar Geh. Rath Hoffmann erkennt die erſte Reſolution als völlig begründet an; die Regierung ſei gern bereit, Abhilfe zu ſchaffen, und ſie würde es ſchon gethan haben, wenn ſich nicht unter der gedachten Beamtenkategorie noch ganz junge Leute befänden, bei denen eine Gehaltserhöhung nicht indicirt ſei. Sobald die nöthigen Ausſcheidungen vorgenommen ſeien, werde die Regierung der Reſolution nachkommen.

Die erſte Reſolution wird darauf mit großer Majorität, die zweite in namentlicher Abſtimmung mit 154 gegen 123 Stimmen angenommen.

Zu Cap. 124 (Gymnaſien) liegt folgender Antrag des Abg. Petri vor: Für das Kaiſer Wilhelms-Gymnaſium zu Montabaur die Regierung aufzufordern, die Anordnungen, welche in dem Schulweſen des vormaligen Herzogthums Naſſau im Verwaltungswege getroffen worden ſind und den Beſtimmungen des naſſauiſchen Schulgeſetzes vom 24. März 1817 widerſtreiten, baldmöglichſt aufzuheben.

Abg. Kantak kommt auf die vielfachen wiederholten Beſchwerden wegen Beſchränkung des Polniſchen als Unterichtsſprache in den Gymnaſien der Provinz Poſen zurück. Mit Ausnahme zweier Anſtalten von ſpezifiſch polniſchem Charakter werde nunmehr ſelbſt in den Unterklaſſen der Religionsunterricht in deutſcher Sprache ertheilt. Obwohl die Majorität der Gymnaſial-Directoren der Provinz und der Mitglieder des Provinzialſchulcollegiums ſich gegen dieſe Maßregel ausgeſprochen, habe der Miniſter doch die betreffende Verordnung erlaſſen. Es ſei durchaus unzureichend in dem Lehrplan der Poſen'ſchen Gymnaſien das Polniſche als facultativen Unterrichtsgegenſtand aufzunehmen; die Abneigung oder die mangelhafte Begabung der deutſchen Schüler für den polniſchen Unterricht könne die Beſchränkung deſſelben in keiner Weiſe rechtfertigen. Redner, der an vielen Einzelheiten, welche er anführt, nachzuweiſen ſucht, daß die Regierung die polniſche Bevölkerung ſyſtematiſch ihrer Mutterſprache entwöhnen wolle, und in ſeinen Schilderungen häufig von der Unruhe des Hauſes unterbrochen wird, welches bei der vorgerückten Stunde wenig Neigung bezeigt, die Gravamina der Polen anzuhören, erwidert ſeinen Unterbrechern, ſeine Fraction käme ſo ſelten zum Worte, daß es ihr wohl geſtattet ſein ſollte, einmal für eine halbe Stunde die Aufmerkſamkeit des Hauſes für das Wohl und Wehe eines ganzen Volksſtammes in Anſpruch zu nehmen.

Man berufe Lehrer aus Weſtphalen an die Poſen'ſchen Gymnaſien, welche weit entfernt davon, das Polniſche zu verſtehen, auch ihr Deutſch in ſo ſtark weſtphäliſchem Dialect ſprächen, daß ſie ſogar den deutſchen Schülern des Großherzogthums unverſtändlich ſeien. (Heiterkeit.) Redner interpellirt ſchließlich den Cultusminiſter wegen einer Verordnung der Regierung zu Poſen, welche allen Lehrern der Provinz die Theilnahme an den polniſchen Vereinen unterſagt, gleichviel ob dieſelben geſellige, gemeinnützige und wiſſenſchaftliche Zwecke verfolgen. Das widerſpräche dem Principe der Rechtsgleichheit; aber freilich alle dieſe Vereine ſollen angeblich nur agitatoriſchen Zwecken dienen und jeder Pole ſoll heute ein geborener Agitator ſein! (Ruf zur Sache.) Alle jene Maßregeln illuſtriren jenes bekannte, den Polen vom Regierungstiſch zugerufene Wort: Ihr müßt Deutſche werden! Der Verſuch, ein Volk zu entnationaliſiren, ſei vermeſſen und unverantwortlich, und werde auch in dieſem Falle, wie er verſichere, erfolglos ſein.

Cultusminiſter Falk: Von welchen Geſichtspunkten die vom Vorredner beſprochenen Maßregeln dictirt werden, iſt Ihnen allen aus langjährigen Debatten bekannt. Es iſt die Pflicht der Staatsregierung, auf allen ihrer Macht unterworfenen Gebieten dafür zu ſorgen, daß die Angehörigen deutſcher Zunge weder beſchränkt noch getrennt werden von den Mitbürgern polniſcher Zunge, ſondern daß ſie einander nah bleiben, und dafür zu ſorgen, daß die Angehörigen polniſcher Zunge ſich nach jeder Richtung als Angehörige des Staats fühlen, der nun einmal ein Deutſcher iſt. Wenn von dieſem Geſichtspunkt auch auf dem Gebiet der Schulverwaltung Anordnungen getroffen werden, ſo mag man vielleicht ſagen, es haben politiſche Geſichtspunkte dabei mitgewirkt, aber dieſelben ſind dann auch gerechtfertigt. Die pädagogiſchen gehen damit nicht verloren; es wird dabei auch gefragt, wie ſich die Frage zum Standpunkte des Unterrichtes verhält. Ueber den Religionsunterricht hat das Haus neulich eingehende Erörterungen gehört, ich gehe nur auf den Fall Wongrowice ein. Durch eine Verordnung von 1869 iſt ausgeſprochen worden, daß die Unterrichtsſprache im dortigen Gymnaſium ausſchließlich die deutſche ſein, und daß davon nur die eine Ausnahme für die polniſche Sprache und die vom Vorredner erwähnte Vorſchule, die Septima gelten ſolle. Dies geſchah, nachdem das Provinzial-Schulcollegium zu Poſen und ſämmtliche Gymnaſialdirectoren der Provinz ſich dahin ausgeſprochen, daß es pädagogiſch allein richtig ſei, von der Sexta ab mit dem deutſchen Unterricht zu beginnen, ſchon deshalb, weil das Griechiſche und Lateiniſche in ihren grammatikaliſchen Grundlagen ſich zum Polniſchen ganz anders als zum Deutſchen verhalten, ſo daß für die Schüler, die erſt ſpäter mit dem Deutſchen begännen, ein neues Lernen der klaſſiſchen Sprachen nothwendig würde.

Mir liegt ein Bericht des damaligen Oberpräſidenten der Provinz Poſen vor, in welchem der Erzbiſchof von Gneſen und Poſen vom kirchlichen Standpunkte aus ſich mit dieſer Maßregel einverſtanden erklärte (hört!). Daſſelbe haben Magiſtrat und Stadtverordnete von Wongrowice in ihrer größeren Mehrheit gethan. Iſt es ſolchen Thatſachen gegenüber ein ungerechtfertigtes Verlangen, daß auch der beſondere Gymnaſialgottesdienſt in deutſcher Sprache abgehalten werde? Mir ſcheint es nicht. Was den Erlaß über die Volks- und Elementarſchullehrer betrifft, ſo iſt mir dunkel erinner-

lich, dergleichen in den Zeitungen geleſen zu haben, von Specialbeſchwerden iſt nichts zu meiner Kenntniß gelangt. Dagegen ſchwebt mir vor, als ob auch damals der Erzbiſchof von Gneſen-Poſen den Geiſtlichen unterſagt hätte, an den Vereinen wenigſtens an dem zur Hebung der polniſchen Volksbildung Theil zu nehmen, weil es bedenklich ſei, in denſelben einzutreten. Gegenüber dieſer Thatſache wird es nicht zu ſehr verwundern, wenn die Regierung zu derſelben Auffaſſung kommt. Wie weit dieſelbe in jeder Beziehung begründet iſt, weiß ich nicht, das könnte man nur in jedem einzelnen Fall prüfen. Aber daß im allgemeinen dieſe Auffaſſung der Regierung nicht unrichtig iſt, das behaupte ich hier, ohne mich einer Härte ſchuldig zu machen.

Um 4½ Uhr vertagt ſich das Haus, um Mittwoch 11 Uhr den Reſt der heutigen Tagesordnung und Petionen zu erledigen.

Berlin, 25. Februar. [Amtliches.] Se. Majeſtät der König hat dem Wirklichen Geheimen Ober-Finanz-Rath Eytelwein im Finanzminiſterium den Stern der Comthure des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majeſtät der König hat dem Rechnungsrath Leithold bei dem Miniſterium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten den Charakter als Geheimer Rechnungsrath verliehen.

Der Ober-Poſt-Commiſſarius Braun in Trier iſt zum Ober-Poſtkaſſen-Rendanten ernannt worden. Der Königliche Eiſenbahn-Baumeiſter Auguſt Schroeder zu Düſſeldorf iſt nach Elberfeld verſetzt und mit den Functionen als Aſſiſtent und Stellvertreter des Ober-Betriebs-Inſpectors bei der Bergiſch-Märkiſchen Eiſenbahn betraut worden. Der bisherige Königliche Telegraphen-Inſpector Bruno Otto bei der Main-Weſer Bahn zu Caſſel iſt auf Grund ſeiner früheren Ausbildung für das Baufach zum Königlichen Eiſenbahn-Baumeiſter ernannt und als ſolcher bei der Bergiſch-Märkiſchen Eiſenbahn in Düſſeldorf angeſtellt worden.

Dem Ingenieur und Director der ſächſiſchen Maſchinenfabrik (Actien-Geſellſchaft) zu Chemnitz in Sachſen, Robert Wittig, iſt unter dem 21. Februar d. J. ein Patent auf eine Vorrichtung an Streichgarn-Vorſpinnkrempeln zum Zertheilen des Wollfließes in Bänder, auf drei Jahre ertheilt worden. — Das dem Friedrich Siemens zu Dresden unter dem 1. April 1870 auf die Dauer von drei Jahren für den Umfang des preußiſchen Staates ertheilte Patent auf einen continuirlich arbeitenden Glasſchmelzofen iſt auf fernere zwei Jahre, alſo bis zum 1. April 1875, verlängert worden.

Dem Advocaten und Notar Dr. jur. Freericks zu Papenburg iſt die Verlegung ſeines Wohnſitzes nach Weener geſtattet und in ſeiner Eigenſchaft als Notar der Bezirke des Obergerichts zu Aurich und des Amtsgerichts zu Papenburg als Geſchäftsbezirk angewieſen.

Berlin, 25. Febr. [Se. Majeſtät der Kaiſer und König] nahmen geſtern im Beiſein des Commandanten militäriſche Meldungen an und ließen Allerhöchſtſich vom Civil-Cabinet Vortrag halten. Zu Ehren der erbprinzlichen Herrſchaften von Schwarzburg-Sondershauſen, denen Se. Majeſtät um 12 Uhr im Schloß einen Beſuch abgeſtattet hatten, fand um 5 Uhr Tafel von 22 Gedecken im Palais ſtatt. Den Abend brachten Se. Majeſtät auf dem Ball bei Ihren königlichen Hoheiten dem Prinzen und der Prinzeſſin Friedrich Carl zu. Heute empfingen Allerhöchſtdieſelben Vorträge vom Militär-Cabinet, dem Polizei-Präſidenten und dem Ober-Hof- und Hausmarſchall Grafen Pückler. (Reichsanz.)

♂ [Zur Truppenbeförderung.] Die Truppen ſind bei Beförderung auf Eiſenbahnen, bei Fahrten von langer Dauer, großen Beſchwerden unterworfen, welche ſich beſonders ſteigern, wenn dazu geſchloſſene Güterwagen benutzt werden, in welchen es an Luft und Licht mangelt. Auf Anregung des Kriegsminiſters iſt daher von Seiten des Reichskanzleramtes der Handelsminiſter erſucht worden, die preußiſchen Bahnverwaltungen dahin anzuweiſen, daß bei der Beförderung von Truppen im Frieden vermittelſt Extrazügen, vorzugsweiſe Wagen III. Klaſſe zur Verwendung kommen und Güterwagen ſo viel als möglich ausgeſchloſſen bleiben. Der Handelsminiſter hat dieſem Erſuchen durch eine neuerdings an die Eiſenbahn-Verwaltungen und Eiſenbahn-Commiſſariate erlaſſene Verfügung entſprochen.

D. R. C. [Zum Empfange des Kronprinzen.] Es iſt bereits von anderer Seite gemeldet worden, daß ſich hier ein Comité gebildet hat, welches die Abſicht verfolgt, dem Kronprinzlichen Paare bei ſeiner Rückkehr aus Wiesbaden nach Berlin einen feſtlichen Empfang zu bereiten. Es wurde bald nach dem Auftauchen dieſer Nachricht derſelben namentlich in auswärtigen Blättern durch hieſige Correſpondenten widerſprochen und hinzugefügt, der Kronprinz ſelbſt habe ſich gegen eine ſolche oſtenſible Feier erklärt, und es ſei deshalb dem in Rede ſtehenden Feſt-Comité die Genehmigung zur Veranſtaltung derſelben verſagt worden. Dieſer Nachricht iſt in neuerer Zeit von anderer Seite wieder entgegen getreten worden, und namentlich eine in den Sonntagsnummern der hieſigen Zeitungen enthaltene gleichlautende Notiz, welche offenbar aus dem Schoße jenes Feſt-Comité's hervorgegangen iſt, widerlegte dieſelbe, publicirte bereits Einzelheiten über das entworfene Programm und forderte die verſchiedenen Vereine, Gewerkſchaften ꝛc. Berlins, welche ſich „an der Spalierbildung“ betheiligen wollten, auf, ſich bei dem mit Namen aufgeführten Vorſitzenden der „Feſtordnungs-Commiſſion“ zu melden. Wie wir jetzt aus ſicherſter Quelle erfahren, wird die angekündigte Feier trotz dieſer letzten Notiz nicht ſtattfinden. Nach einem ſoeben aus Wiesbaden eingetroffenen Schreiben des Kronprinzen hat derſelbe unter Anerkennung der patriotiſchen Gefühle und Geſinnungen, welche die Veranſtalter jener Feier beſeelt, gebeten, von allen derartigen Ovationen Abſtand zu nehmen, welche Veranlaſſung zur Anſammlung großer Menſchenmaſſen auf den Straßen Berlins geben und wird deshalb ſowohl der projectirte feierliche Empfang auf dem Bahnhofe, wie auch die übrigen in Ausſicht genommenen Ovationen, wie Fackelzug ꝛc., unterbleiben.

[Eine große Zahl hieſiger Buchdruckereibeſitzer] trat am Sonntag Mittag in Becker's Salon zu einer General-Verſammlung zuſammen, um gegenüber den immer lebhafter werdenden Agitationen der Gehilfen im Allgemeinen und dem Leipziger Strike im Beſonderen möglichſt eine Vereinbarung zu erzielen. Nach lebhaften Debatten, die ein anweſender Leipziger Principal mit einem Situationsbild aus Leipzig einleitete, beſchloß die Verſammlung eine Reſolution, in welcher das Vorgehen des Deutſchen Buchdruckervereins ſowohl als auch des Localvereins Leipzig für ein „im Intereſſe der Herſtellung geordneter dem Geſchäft gedeihlichen Zuſtände gebotenes“ und es für Pflicht der hieſigen Buchdruckereibeſitzer erklärt wird, die ſtrikenden Leipziger Verbandsgehilfen hier nicht in Arbeit zu nehmen. Dieſer Beſchluß mit all' ſeinen Conſequenzen ſoll für diejenigen in Kraft treten, welche ſich zu deſſen Innehaltung demnächſt in einer neu zu berufenden Verſammlung notariell verpflichten werden. — Schließlich wurden noch die Hinderniſſe lebhaft beſprochen, welche einem allgemeinen Anſchluß an den Deutſchen Buchdruckerverein bisher entgegenſtanden. Zur Vorbereitung einer definitiven Einordnung in jenen Organismus beſchloß die Verſammlung, neben dem Localverein Berlin noch auf die Begründung eines Kreisvereins Brandenburg hinzuwirken und die Principale der Provinz demnächſt zum Beitritt einzuladen.

Königsberg i. Pr., 25. Februar. [Strandung.] Der, wie ſchon berichtet, auf der Fahrt von Hull nach Pillau an der ſchwediſchen Küſte ſüdlich Kullen geſtrandete däniſche Dampfer „Prinzeß Dagmar“ liegt nahe am Ufer unter Waſſer und iſt total verloren. Die Ladung wird an der ſchwediſchen Küſte geborgen.

Stuttgart, 25. Februar. [Die Königin-Mutter.] Nach dem heute über das Befinden der Königin-Mutter ausgegebenen Bulletin hat dieſelbe die Nacht ruhiger verbracht und mehr Schlaf gehabt; der Huſten iſt jedoch noch ſehr hartnäckig.

Straßburg, 25. Februar. [Die Tabaksſteuer.] Eine von der nieder-elſäſſiſchen Geſellſchaft für Ackerbau, Wiſſenſchaft und Künſte an den Bundesrath gerichtete, mit zahlreichen Unterſchriften von Bürgermeiſtern und Notablen des Landes verſehene Petition gegen Erhöhung der Tabakſteuer erwähnt den Widerſpruch, der auch in Altdeutſchland bereits dagegen hervorgetreten und betont, daß das Elſaß, deſſen Tabakscultur von der franzöſiſchen Regierung ſtets begünſtigt worden, beſonders empfindlich von einer Erhöhung der Tabaksſteuer betroffen werden würde. Es wird die Hoffnung ausgeſprochen, daß das Elſaß, nachdem daſſelbe in Deutſchland einverleibt worden, auch des deutſchen von hoher Beſteuerung ſich fernhaltenden, liberalen Regimentes theilhaftig werden werde.

Oeſterreich.

Wien, 25. Februar. [Der Zwieſpalt zwiſchen dem Generaldirector der Weltausſtellung und der deutſchen und öſterreichiſchen Künſtlerſchaft] iſt endlich beigelegt. Herr v. Schwarz hat in allen Punkten nachgegeben.

Spanien.

Madrid, 21. Februar. [Aus der Nationalverſammlung. — Portorico. — Aus den Provinzen.] In der geſtrigen Sitzung der Nationalverſammlung dementirte der Miniſter des Aeußern Caſtelar die Behauptung, der Congreß von Waſhington habe den Antrag, Spanien zu beglückwünſchen, abgelehnt. Er verlas eine Depeſche des Unterſtaatsſecretärs Fiſh an General Sickles, welche die Erklärung enthält, das amerikaniſche Volk freue ſich über die Proclamirung eer Republik in Spanien, und wenn der Antrag im Congreſſe nicht angenommen worden ſei, ſo wäre der Grund davon lediglich der, daß die Geſchäftsordnung dem entgegenſtand. In der heutigen Sitzung brachte der Juſtizminiſter Salmeron einen Geſetzentwurf ein, welcher die Todesſtrafe für alle Verbrechen abſchafft. Herr Tutan äußert die Befürchtung, daß die Carliſten und ſonſtigen Reactionäre die junge Republik erſticken möchten. Der Finanzminiſter Echegaray beruhigte ihn, die Regierung, ſagt er, beſitzt 10 Millionen Realen, um Gewehre zu kaufen. Er verſicherte ferner Herrn Collantes, daß die in Moratalla (S. unten) begangenen Exceſſe nicht ungeſtraft bleiben werden. Miniſter Caſtelar erklärte, daß auf dem ganzen Gebiete der Republik vollſtändige Ruhe herrſche.

Der „Imparcial“ ertheilt der Regierung den Rath, den Geſetzentwurf wegen der ſofortigeu Abſchaffung der Sklaverei auf Porto Rico zurückzuziehen und an deſſen Stelle ein Geſetz einzubringen, welches die Sklaverei in allen ſpaniſchen Colonien aber nach und nach beſeitigt.

Nach einer Mittheilung im „Tiempo“ weigern ſich in einigen Orten der Provinz Murcia die revolutionären Junten, die es übernommen hatten, die beſtehenden Municipalitäten abzuſetzen, ſich aufzulöſen.

Die Junta von Moratalla hat aus eigener Machtvollkommenheit die Abſchaffung des Tabaksmonopols beſchloſſen und dem Pfarrer der Gemeinde die Trennung der Kirche vom Staate notificirt. In Cehegin, einem Dorfe in derſelben Provinz, hat ſich angeblich die revolutionäre Junta der Municipalgewalten bemächtigt, alle andere Gemeindeämter, einſchließlich das des Nachtwächters unterdrückt und die Verzehrungsſteuer und ſonſtige Municipalabgaben aufgehoben. Der Gouverneur der Provinz Izquierdo, welcher der radicalen Partei angehört, hat die Municipalitäten aufgefordert, Widerſtand zu leiſten und den revolutionären Junten eingeſchärft, ſich aufzulöſen. Andererſeits ſollen die Einwohner die Junten aufmuntern, dieſen Befehlen nicht zu gehorchen.

Belgien.

Brüſſel, 22. Febr. [Die Debatte des Repräſentantenhauſes über den Primarunterricht,] welche durch die Verhandlungen über das Budget des Innern veranlaßt wurde, hat heute, ſchreibt man der „N. Z.“, ihr Ende erreicht; zu der Erledigung der Etatsvorlage ſelbſt, wie ſie ſeitens der Rechten geplant war, kam es aber nicht. Im Gegentheil mußten die weiteren Berathungen bis zur Wiederaufnahme der parlamentariſchen Arbeiten — denn die Kammer hat ſich anläßlich des Carnevals, wie altherkömmlich, bis zum 4. März vertagt — verſchoben worden. Indeſſen haben die Clericalen noch in anderen Hinſichten keineswegs Grund, ſich über die heute endlich zum Abſchluß gebrachte Debatte zu freuen, und es herrſcht eine große Unzufriedenheit in den ultramontanen Kreiſen über den früheren Miniſter Kervyn de Lettenhove, welcher dieſelbe heraufbeſchwor. In den Brüſſeler liberalen Kreiſen iſt man ihm dagegen faſt dankbar. Hat er doch nicht blos der Minorität die Gelegenheit verſchafft, einmal gründlich den Gegenſatz zwiſchen dem Syllabus und den belgiſchen Staatseinrichtungen zu erörtern, ſondern die Herren Frere-Orban und Bara zu der Erklärung veranlaßt, auch ſie ſeien der Anſicht, daß die vom Clerus beabſichtigte Primarſchule der confeſſionsloſen Schule Platz machen müſſe. Die Unbehaglichkeit unſerer Clericalen iſt deſto größer, da, während namentlich Bara und Frere-Orban die hohlen Phraſen des Löwener Profeſſors Thoniſſen, welcher bekanntlich Syllabus und Conſtitution mit einander in Uebereinſtimmung zu bringen ſich bemühte, auf das richtige Maß zurückführten, das ultramontane „Bien public“ von Gent ſich in demſelben Sinne wie die beiden liberalen Deputirten ausſprach. Eine Bemerkung Bara's rief ſelbſt auf der Rechten des Hauſes eine gewiſſe Senſation hervor. Bei dem Gehorſam gegen das Geſetz und der Achtung vor der Staatsgewalt angelangt, mit welchen unſere Clericalen ſich insbeſondere zu brüſten belieben, fragte Redner, welche Anſicht die Majorität denn wohl hege hinſichtlich der moraliſchen und materiellen Unterſtützung, welche gewiſſe Belgier, der Clerus an der Spitze, denjenigen katholiſchen Geiſtlichen im Auslande angedeihen läßt, welche ſich ihrem Staatsoberhaupte widerſetzen und dieſelben ſo zum weiteren Widerſtande gegen das bürgerliche Geſetz ermuntern. Auch blieb es in den regierungsfreundlichen Kreiſen nicht unbemerkt und ſteigerte den durch die Debatte im Repräſentantenhauſe hervorgerufenen Mißmuth noch mehr, daß der König ſich auf dem jüngſten Hofball ſehr lange mit dem früheren liberalen Miniſter Frere-Orban unterhielt.

Amerika.

New-York, 7. Febr. [Die Vorgänge in Kanſas] und ähnliche Vorfälle haben aufs Neue den Plan in den Vordergrund gebracht, ſämmtlichen Staats-Beſoldeten höhere Salaire als bisher zu gewähren, ſo daß Congreßmitglieder fortab 8000 Dollars, die Miniſter und der Vicepräſident 10,000 Dollars und der Präſident 50,000 Dollars jährlich erhalten ſollen. Die Einbringung und Annahme eines ſolchen Geſetzes wäre wünſchenswerth, weil die Gehälter auf Verhältniſſe baſirt ſind, wie ſie ſeit 50 Jahren nicht mehr exiſtiren; aber davon allein ein Erlöſchen der Corruption zu erwarten, heißt, ſich ſehr ſanguiniſchen Hoffnungen hingeben.

[Im Congreß] hat man den erſten Schritt in einer Angelegenheit gethan, deren definitive Löſung noch manche Schwierigkeiten bieten wird. Man hat den Präſidenten erſucht, ein Comite zu ernennen, welches die Verhältniſſe in Utah unterſuchen ſoll. Die Mormonen vertheidigen einen verlorenen Poſten, wenn ſie mit ihren eigenthümlichen Inſtitutionen, Vielweiberei und Prieſterherrſchaft, noch länger dem Zeitgeiſt widerſtreben zu können glauben. Brigham Young und ſeine Genoſſen haben der Autorität der Vereinigten Staaten Jahre lang Trotz geboten. Eine gründliche Unterſuchung der Verhältniſſe im Mormonen-Territorium wird Zuſtände enthüllen, welche das Einſchreiten der Regierung unvermeidlich machen werden, und je eher man mit dieſem Ueberbleibſel der Barbarei ein Ende macht, deſto beſſer für das Land, deſſen moraliſches Gefühl lange genug beleidigt worden iſt. Die Unterdrückung der Vielweiberei iſt eines der Principien, welches die republikaniſche Partei ihrer Platform einverleibt hat, und es wäre endlich Zeit, an eine Erfüllung des Verſprechens zu denken. Der Präſident iſt ſich wohl bewußt, daß der letzte Kampf mit dem Mormonenthum nicht vermieden werden kann; in dieſem Sinne hat er ſich einigen Delegaten gegenüber ausgedrückt, welche ihn erſuchten, dieſer Angelegenheit ſeine Aufmerkſamkeit ſchleunigſt zuzuwenden.

[Amerika und Cuba.] Ein vom Vorſitzenden des Comite's für auswärtige Angelegenheiten eingebrachter Antrag fordert den Präſidenten auf, mit anderen Regierungen in Verbindung zu treten, um ſich über die beſten Mittel zu vereinbaren, in Cuba die Emancipation der Sclaven zu veranlaſſen, einer civiliſirten Kriegführung daſelbſt Geltung und ſchließlich der ſo ſchwer heimgeſuchten Inſel Frieden zu ſchaffen. Wie mäßig auch abgefaßt, bezweckt der Vorſchlag nichts anderes, als eine Anerkennung der Cubaner als kriegführende Macht und das Comite, welchem dieſe Reſolution zur Berathung überwieſen wurde, wird ſchwerlich günſtig darüber berichten. Es iſt überhaupt nicht anzunehmen, daß vor dem Beginn des zweiten Amts-Termines des Präſidenten Grant irgend eine wichtige Aenderung in der äußeren oder inneren Politik eintreten wird. Nach ſeiner Inauguration gedenkt Herr Grant in Begleitung ſeines Cabinets eine Reiſe durch die ſüdlichen Staaten zu machen, um dadurch gleichſam anzudeuten, daß die Adminiſtration von den beſten Aaſichten gegen den Süden durchdrungen iſt. Eine ähnliche Reiſe durch die ganze Union unternahm einſt Präſident Johnſon, der dabei keine Gelegenheit verſäumte, ſeine beſonderen Ideen durch zahlloſe Reden dem Volke verſtändlich zu machen, wodurch er ſich unendlich mehr ſchadete, als nützte. Ein ſolches Schickſal hat Herr Grant nicht zu befürchten, denn wenn irgend Jemand, ſo glaubt er an die Weisheit des Spruches, daß Schweigen Gold iſt.

[In ſtädtiſchen Angelegenheiten] fehlt es an der echten Harmonie. Mayor Havemeyer beklagt ſich in einem Briefe an das Siebenziger Comite über die vorausſichtlich geringe Ausſicht, daß man in Albany einen Charter für die Stadt New-York paſſiren werde, welcher dem Mayor genügende Autorität laſſe, der Corruption entgegen zu treten. Es ſcheint uns, als ob der alte Herr etwas ungeduldig ſei und zu wenig Vertrauen in den Reform-Eifer der diesmaligen Legislatur habe. Es hat ſich bis jetzt noch nichts ereignet, was ihn berechtigte, denſelben in Zweifel zu ziehen. — Zu den ſprüchwörtlich gewordenen Unthaten, welche von New-Yorker Geſchworenen im Laufe der letzten Jahre verübt worden ſind, hat ſich in dieſer Woche eine neue geſellt. Dem Mörder Simmons wurde von der Jury, welche der „Coroner“ zur Feſtſtellung des Thatbeſtandes berufen hatte, das Compliment gemacht, daß er im Zuſtande der Selbſtvertheidigung gehandelt habe, als er ſeinen früheren Compagnon vor einem Monat auf offener Straße in wahrhaft barbariſcher Weiſe abſchlachtete. Der gefällige Coroner entließ hierauf den Mörder gegen eine unbedeutende Caution und der Gerechtigkeit wäre ein neuer Schlag ins Geſicht verſetzt worden, wenn der Staatsanwalt nicht ſofort einen Anklagebeſchluß wegen Mordes von der Grand Jury verlangt hätte. Derſelbe wurde ſchnell genug ausgeſtellt, um den ſich ſchon frei glaubenden Miſſethäter wieder verhaften zu können. Soweit es in der Macht des Gouverneur Dix liegt, werden Verbrecher während ſeines Amtstermines nur geringe Ausſicht haben, der verdienten Strafe zu entgehen. Einer Deputation einflußreicher Bürger Buffalo's, die ihn petitionirten, einen zum Galgen verurtheilten Mörder zu lebenslänglichem Gefängniß zu begnadigen, ſchlug er ihre Bitte mit dem Bemerken ab, daß es der allergewichtigſten Gründe für ihn bedürfe, um ihn jemals zu veranlaſſen, von ſeinem Prärogativ der Begnadigung Gebrauch zu machen. (Newy. Hdlsztg.)

Cuba. Seit vier Jahren wird Cuba vom Bürgerkriege zerriſſen. Seit vier Jahren ſtrebt eine große Partei von Eingeborenen, denen fremde Sympathie zur Seite ſteht, darnach, Cuba von Spanien loszureißen und es entweder ſelbſtſtändig zu machen oder mit der amerikaniſchen Union zu vereinigen. Ueber den Fortgang dieſes Strebens und Ringens haben wir bisher nur parteiiſche Berichte erhalten, die ungenau und widerſprechend waren. Amerikaner berichteten von Siegen der Empörer; die Spanier gaben, weil ſie ſich einmal eingeredet haben, daß „Cuba nicht verloren gehen dürfe“, in ihrem Stolze kaum zu, daß eine Empörung wirklich exiſtire, und wenn ſie das zugaben, dann war die Empörung ſtets „unterdrückt oder beinahe unterdrückt“. Die „Times“ hat nun ihren eigenen Correſpondeten nach Cuba geſchickt, und unparteiiſche Nachrichten dürfen von nun an erwartet werden. In einem vom 31. Januar datirten Briefe giebt er eine Schilderung der Zuſtände in Cuba, die jetzt, da das Mutterland ſelbſt wieder ein Gegenſtand des Streites und ein Kampfplatz der Parteien zu werden droht, von um ſo größerem Intereſſe ſein dürften. Dieſem Briefe des „Times“-Correſpondenten entnehmen wir, was auf die Stellung der Parteien in Cuba in Folgendem Bezug hat:

Der Hartnäckigkeit, mit welcher Spanien „die Perle der Antillen“, „das ewig treue Cuba“ feſthalten will, nachdem es alle andern Colonien in keineswegs ſehr rühmlichem Kampfe verloren hat, obwohl es kaum ſelbſt noch zuſammenhalten kann, kann nur die merkwürdige Sicherheit gegenüber geſtellt werden, mit welcher die amerikaniſche Union auf den Beſitz Cubas ſeit Jahr und Tag ſchon rechnet. „Die Macht der Umſtände“, ſagte ſchon der Präſident der Vereinigten Staaten Buchanan im Jahre 1860, „und ein offenbares Geſchick verlangen, daß Cuba zu den Vereinigten Staate gehöre.“ Spanien behauptet, nur aus Ehrgefühl im Beſitze Cubas bleiben zu wollen, ſonſt aber keine Intereſſen von der Inſel zu haben. Aber das iſt wohl nur ſo geſagt. Thatſächlich genießt Spanien unermeßliche Vortheile. Spanien ſendet ſeine Schaaren hungriger Beamten nach Cuba, an deſſen Fett ſie ſich mäſten. Durch Schutz- und Differenzialzölle weiß es für ſeine Induſtrie — ſoweit von einer ſpaniſchen Induſtrie die Rede ſein kann — einen Markt auf der Inſel zu ſchaffen, die von 1,414,508 Menſchen bewohnt iſt. Andererſeits weiß der practiſche Amerikaner den Werth einer Inſel zu ſchätzen, die einen Flächeninhalt von 80,000 Quadratmeilen hat, die, obwohl nur der vierte Theil des Bodens ſich unter Cultur befindet, Zucker allein im Werthe von 15 Millionen Pfd. St. in einem günſtigen Jahre exportirt, die der Schlüſſel zum Golf von Mexico und von großer Bedeutung für den Handel mit Central-Amerika iſt. Auf der Inſel haben Spanien wie die Union ihre Freunde und Feinde. Die Vortheile, welche das Fortbeſtehen der Sclaverei auf den ſpaniſchen Antillen nach Beendigung des amerikaniſchen Bürgerkrieges den Plantagenbeſitzern auf Cuba gewährt, hat dieſe zu einer Partei vereinigt, welche für ſpaniſche Oberhoheit oder was ihnen gleichviel bedeutet, Beibehaltung der Sclaverei einſtehen wollen. Dieſe Partei iſt die der „Peninſulares“, d. i. ſpaniſcher Einwanderer, die von ihren Gegnern jedoch „Negreros“, d. i. Sclavenhalter genannt werden. Die Anhänger der Nationalpartei, von den Gegnern Inſurrectos, d. i. Empörer genannt, beſtehen meiſtens aus Eingeborenen von Cuba oder Creolen und ihr Programm iſt: Cuba den Cubanern. Es iſt nicht ſelten, daß in derſelben Familie der Vater ein geborener Spanier, zur Partei der Peninſulares gehört und Negrero iſt, während die Kinder, geborene Cubaner, glühende Anhänger der feindlichen Partei ſind. Doch hat die erſtgenannte Partei ihre eigenen Intereſſen, nicht die Spaniens im Auge und hat gegenwärtig die Regierung ganz in ihrer Gewalt. Als nämlich im Jahre 1868 Cuba mit der ſpaniſchen Verfaſſung beglückt werden, alle Freiheiten Spaniens genießen, und in Folge deſſen auch die Sclaverei verlieren ſollte, da machte die Nationalpartei gegen Spanien Front und iſt nur deshalb nicht gegen die Regierung, weil ſie dieſelbe vollſtändig nach ihrem Willen lenken kann. Thatſächlich hat der ſpaniſche Einfluß in Cuba aufgehört. Die Freiwilligenbataillone, die aus Negreros beſtehen, ſind die wahren Herren, wenn auch vielleicht nicht des ganzen Landes, ſo doch der großen Städte und namentlich der Hauptſtadt. Die Forts und Polizei ſtehen unter ihrer Aufſicht, ſie vertreiben mißliebige Generäle, ſo General Dulce, ſo Caballero de Rodas, laſſen nur ihnen anſtehende ſpaniſche Geſetze bekannt machen, in einem Worte ſind die Herren.

Dieſe Bataillone zählen etwa 60,000 Mann, von denen 11,000 allein in Havannah ſich befinden. Sie befaſſen ſich nicht damit, die Empörer aufzuſuchen und zu bekriegen. Die Kaſtanien aus dem Feuer laſſen ſie ſich ſein von den ſpaniſchen Soldaten herausholen, die ſeit 1868 regelmäßig nach Cuba geſchickt wurden, um dort zur Hälfte zu ſterben. 80,000 Soldaten hat Spanien ſeit dieſer Zeit nach der „ewig treuen Inſel Cuba" geſchickt, von denen die Hälfte durch Krankheiten ꝛc. hingerafft worden iſt. Was die Inſurgenten betrifft, ſo darf man die Stärke ihrer Partei nicht nach der Zahl derer bemeſſen, die offen am Kampfe ſich betheiligen. Solcher giebt es nach den optimiſtiſchſten Berichten der Inſurgenten ſelbſt nur 15,000, während die Spanier die Zahl derſelben auf 8—9000 angeben. Im Geheimen gehören in den Städten allein über 150,000 zu dieſer Partei und würden gerne einem allgemeinem Aufſtande ſich anſchließen, wenn ſie nur des Erfolges ganz ſicher wären. Außer der Sympathie dieſer Freunde genießen die Empörer noch den Vorſchub von ſolchen, die ſcheinbar auf Seiten der mächtigen Partei ſtehen. Es ſind dies die Krämerſeelen, welche den Empörern Waffen und Munition verabreichen, um den Kampf in die Länge zu ziehen und recht viele Waffenlieferungsverträge mit der ſpaniſchen Armee abſchließen zu können. Täglich finden inzwiſchen blutige Scharmützel ſtatt. Die Empörer haben kein Hauptquartier, keine feſten Plätze, abgeſehen von den undurchdringlichen Wäldern, und was den Rebellenführer Ceſpedes anbetrifft, ſo weiß man gar nicht, ob er überhaupt auf der Inſel ſich befindet.

Provinzial-Zeitung.

□ **Breslau**, 23. Febr. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] Der heut im Muſikſaal der königl. Univerſität gehaltene Vortrag des Herrn Prof. Dr. L. Brentano hatte die „Productivgenoſſenſchaften und deren Bedeutung für die Löſung der ſocialen Frage" zum Gegenſtande und die Fülle der Zuhörer bewies das Intereſſe, welches unſere Mitbürger an dem Herrn Redner, wie an dem von ihm gewählten Gegenſtande nahmen. Er rechtfertigte die Wahl deſſelben zunächſt mit dem Beſtreben, ein Thema zu wählen, das von irgend einer Seite nicht als Parteifrage behandelt werden und einen Widerſpruch, der gleichwohl hier durch die Natur des Vortrags ausgeſchloſſen ſei, erwecken könnte, und dennoch habe er gewünſcht ein Thema zu erörtern, das mit der ſocialen Frage, die ja gegenwärtig alle Gemüther bewege, im Zuſammenhang ſtände und als ein ſolches betrachte er den gewählten Gegenſtand. Die Arbeiterbewegungen in den verſchiedenen Culturländern haben, ſoweit ſie von den Arbeiterklaſſen ſelbſt ausgegangen ſeien, zweierlei Ausgangspunkte und denen entſprechende Ziele. Der eine ſei die Gewerkvereinsbewegung, der andere der Verſuch die Lage der Arbeiter durch Productivgenoſſenſchaften zu beſſern. Die erſte ſei conſervativer Natur, läßt die Arbeitgeber als Geſellſchaftsklaſſe beſtehen und ſucht die Verbeſſerung der Lage der Arbeiter dadurch herbeizuführen, daß ſie die zeitigen Beſitzer des Capitals nöthige, daſſelbe im Intereſſe der Arbeiter zu gebrauchen. Der andere Verſuch iſt revolutionär, er will den Arbeitgeber als Klaſſe beſeitigen und jeden Arbeiter zu ſeinem eigenen Arbeitgeber machen. Beide Richtungen ſind bereits wirkſam aufgetreten und werden ſich noch mehr geltend machen, und ſind namentlich die Gewerkvereine und deren Anhänger den heftigſten Anfechtungen und Verleumdungen ausgeſetzt, indeſſen die Productivgenoſſenſchaften ſich viel mehr des Wohlwollens der verſchiedenſten Klaſſen erfreuten und dennoch bezeichnen ſie die Bebel-Liebknecht'ſche ſowohl als die Hirſch-Duncker'ſche Partei gemeinſchaftlich als ihr Endziel; ebenſo nennt ſie Schulze-Delitzſch als den „Gipfel ſeiner Genoſſenſchaften", gleichwie die Kathederſocialiſten ihre Fürſprecher ſind und ſogar ihre ehemals heftigſte Gegnerin, die Freihandelspartei, ſie als die beſte und wünſchenswertheſte Löſung der Arbeiterfrage anerkannt hat. Durch dieſe Uebereinſtimmung der verſchiedenſten Parteien empfehle ſich die Productivgenoſſenſchaft für die Wahl als Thema zum Vortrag. Herr Prof. Brentano unterſuchte hierauf die Bedeutung des Wortes „ſociale Frage", und fand, daß ſie die Befriedigung der Bedürfniſſe der ganzen Arbeiterklaſſe und deren Emporkommen und Fortſchritt in der Cultur umfaſſe und ſomit keine einzelne Frage ſei, ſondern aus einer Kette ſocialer Fragen beſtehe, Lohnfrage, Wohnungsfrage, Bildungsfrage ꝛc., deren Anfang ſchon im 17. Jahrhundert gegeben ſei, und die durch Erlangung des allgemeinen Stimmrechts in unſerer Zeit einen erheblichen Fortſchritt auf politiſcher Seite erfahren habe. Bei der ſocialen Frage, die eben auch kein „Hirngeſpinnſt der Socialiſten und Communiſten" ſei, handle es ſich um Befriedigung der Bedürfniſſe einer ganzen Klaſſe, nicht eben um Einzelmittel. Eine ſolche ſociale Frage beſtand im Mittelalter in der Stellung der Handwerker in den Städten und ſie wurde erſt gelöſt, als deren Bedürfniſſe befriedigt wurden. Ferner zeige die ganze Geſchichte unſerer Civiliſation gleichzeitig mit dem Fortſchritte unſerer Cultur ein klaſſenweiſes Emporkommen der einzelnen Bevölkerungsſchichten zur Theilnahme an derſelben. Sobald eine Schicht ihr Ziel erreicht hat, tritt das Ringen einer anderen, nächſt unteren Klaſſe an deren Stelle und damit beginnt deren neue ſociale Frage. Zur Löſung der gegenwärtigen Arbeiterfrage haben A. Smith und die ſich auf ſeine Lehre gründende öconomiſche Schule die Beſeitigung aller geſetzlichen Hinderniſſe und geſetzlichen Einmiſchung in die Arbeiterverhältniſſe zu fordern für hinreichend gehalten, als ob alle Arbeiter einer gleichen Einſicht und Energie ihrer Beſtrebungen theilhaftig ſeien, was freilich in Wirklichkeit nicht zutrifft, denn es fehlt ſehr vielen, nur mit Durchſchnittseigenſchaften begabten Arbeitern an hinreichendem Fleiß, Ausdauer und Genauigkeit in Wahrnehmung ihres öconomiſchen Vortheils und nur den öconomiſch Ausgezeichneteren war die erhaltene Schrankenloſigkeit von Vortheil, ſie wurden Arbeitgeber, die Lage der Maſſe verſchlechterte ſich. Für die Ausgezeichneteren iſt das Syſtem der Schrankenloſigkeit nothwendig, zur Hebung der ganzen Klaſſe der Arbeiter unfähig. Der zweite große Löſungsverſuch iſt der durch die Productivgenoſſenſchaften, deren Beurtheilung eben Hauptgegenſtand des Vortrags iſt. Sie ſind Geſellſchaften zum Zwecke der Production, die ſich von allen anderen Unternehmungs-Geſellſchaften dadurch unterſcheiden, daß in ihnen der Gegenſatz von Unternehmern und Arbeitern, von Capitalsprofit und Arbeitslohn wegfällt, kein Arbeiter in ihnen beſchäftigt wird, der nicht Actionair iſt, und nimmer Actionair ſein oder bleiben darf, ohne Arbeiter zu ſein. Die Leitung des Ganzen liegt in den Händen von bezahlten und durch die Arbeiteractionaire gewählten Ausſchüſſen, und der Reingewinn ſoll nach Abzug der Productionskoſten und nach Abführung eines Antheils an den Reſervefonds der Arbeit als ſolcher ganz oder zum Theil zufallen.

Redner führt nun zu Gemüthe, daß nach Erreichung des Ziels „Verwandlung aller Unternehmungen in Productivgenoſſenſchaften" die materielle Seite der Wünſche erreicht ſein würde, Selbſt-Verwaltung und höherer Arbeits-Gewinn. Anders aber ſei der Erfolg nach vielfachen Erfahrungen. Jeder von den Zuſammentretenden habe entweder bereits ſich eine größere Summe erſpart, oder es ſoll Capital erſt durch zu machende Erſparungen geſchaffen werden, und indem die Genoſſenſchaft nun ihre Mitglieder entweder zu Erſparniſſen oder zur Zurücklegung der Dividenden zwingt, geht ihr der Vorzug der Freiwilligkeit verloren, ſie wird obligatoriſche d. h. Zwangsſparkaſſe für die Genoſſen. Die Erlangung äußeren Credits bedingt ferner zu eigener Sicherheit beider Theile, größere Vorſicht ihren Actionären gegenüber, ein Uebel, was wieder ihren Geſchäftsbetrieb hemmt. Dann ſchilderte der Vortragende die bei Vermehrung des Credits nothwendig ſteigende Vorſicht der Genoſſenſchaft und die Abhängigkeit des Credits zu der jeweiligen Perſönlichkeit der Arbeiter-Actionaire.

An Vortheilen einer ſolchen Genoſſenſchaft iſt noch der hervorzuheben, daß Nachläßigkeiten in der Arbeit nicht ſo zu fürchten ſind, als bei dem für den Arbeitgeber arbeitenden Miethling, die Controle der Arbeit und die Schonung des Capitals leichter ſind, damit viel Koſten erſpart werden, und Jeder den Eifer des Andern anfacht.

Dieſen gegenüber ſtehen erhebliche Nachtheile, als der ſchwere Stand der Betriebsleiter der republikaniſch organiſirten Genoſſenſchaft gegenüber, der möglich öftere Wechſel in der Leitung, die dadurch hervorgebrachte Schwierigkeit disciplinariſcher Autorität und das geſteigerte Maß der Verantwortung, und in der allerdings gebräuchlichen Wiederwahl derſelben Perſonen zu denſelben Geſchäften liegt offenbar ein Verſtoß gegen die demokratiſche Idee der Genoſſenſchaft, wobei noch überall allſeitig tüchtige Mitglieder derſelben vorausgeſetzt werden, was, wenn derartige Genoſſenſchaften allgemeine Geſchäftsform werden ſollten, dann auf alle Menſchen angewendet werden müßte, eine Annahme, der leider auch der Mittelſchlag der großen Maſſe nicht entſpricht.

Dazu kommt ferner noch die Schwierigkeit, ſtets ökonomiſch und techniſch geeignete Betriebsleiter zu finden, was noch am erſten bei dem kleinen Gewerbe eintreten wird, bei großen Unternehmungen gleicht das Haupt dem Capitän eines Schiffes oder General, er muß wiſſenſchaftliche, techniſche und praktiſche Kenntniß, Geiſtesgegenwart, entſprechende äußere Erſcheinung, Muth, Eifer und die Gewohnheit des Befehlens vereinigen, um ſich überall zurecht zu finden. Im Kleinen als Haupt eines Schneider- oder Tiſchlergeſchäfts die Sache zu leiten und die etwaigen Agenten zu überwachen, vermöge ein Arbeiter wohl; aber Krupps Gußſtahlfabrik zu leiten oder Panzerfregatten zu bauen, ſei der Arbeiter z. B. einer Schmiede nicht im Stande.

Aber auch für das Kleingeſchäft wird die Anwendung der Productivgenoſſenſchaft ſehr beſchränkt durch die Unannehmlichkeit der Aufbringung größerer Kapitalien, die zur Anſchaffung koſtſpieliger Maſchinen, Schaffung von Anlagen ꝛc. nöthig ſeien, da Arbeiter Actionäre ſein müſſen und andere Actionäre nicht aufgenommen werden, den etwaigen Zutritt anderer Actionäre aber würde ein maſſenhafter Austritt der urſprünglichen Mitglieder aufheben. Dieſen Erfahrungen entſprechend, daß in Deutſchland, Frankreich und England ſich nur unter einer kleinen auserleſenen Schaar Arbeiter Productivgenoſſenſchaften finden, und zwar auch dieſe nur in den Gewerben der Schneider, Schuſter, Tiſchler, Buchdrucker, Cigarrenmacher und Goldarbeiter oder Buchbinder. So ſchön und lobenswerth ſolche Verſuche auch ſind, ſo ſind ſie doch dem Drängen der Zeit nach großen Unternehmungen gegenüber unbedeuten, für Productivgenoſſenſchaften im großen Maßſtab aber und mit großem Erfolge ſei ein Beiſpiel noch nicht vorhanden. Die Geſellſchaft der Maurer in Paris und einige Bauwollſpinnereien helfen ſich durch Annahme anderer Arbeiten, und die Pionniere von Rochdale, entſtanden durch Einfluß des Socialiſten Rob. Owen, haben unter den ſchwierigſten Verhältniſſen bewieſen, daß in einer Provinz, wo kein anderes Spinnerei-Unternehmen bekannt iſt, es auch einer Genoſſenſchaft von Arbeitern möglich iſt, ein ſolches Geſchäft mit Erfolg zu betreiben, aber nicht, daß Spinnerei ganz Eigenthum derer ſein könne, die ſie beſchäftigt und daß dieſelben einen größeren Antheil am Gewinne erhalten, was der Herr Redner im Einzelnen näher nachweiſt, dazu gingen Kinder und Frauen, die gerade in einer Baumwollenſpinnerei die Hauptmaſſe bilden, ganz leer aus.

So werde durch die Productiv-Genoſſenſchaften nicht viel mehr erreicht als bei der thatſächlichen Entwickelung des wirthſchaftlichen Lebens nach dem Syſtem freier Concurrenz: eine beſchränkte Anzahl Arbeiter wird durch Anſtrengung, Klugheit und Sparſamkeit in die Klaſſe der Arbeitgeber erhoben und Fabrikbeſitzer und Leiter. Da aber das Vermögen auf geſondertem Wege erworben iſt, liegt in ſolchem Erfolg nichts Neues und da die Productivgenoſſenſchaft eine beſchränkte Anzahl zu Arbeitgebern gemacht, werden dieſe bald Arbeitgeber vom gewöhnlichen Schlage und für die Maſſe der Arbeiter wird die Lage nichts gebeſſert. Dies iſt alſo keine Löſung der ſocialen Frage, im Gegentheil werde der Vortrag manchen ihre Hoffnungen auf die Productiv-Genoſſenſchaften vernichtet haben, wie Herr Prof. Brentano einräumte. Es ſei aber nöthig, derartige Ueberſchätzungen auf das rechte Maß zurückzuführen, und ſo wünſchenswerth die Gründung von Productiv-Genoſſenſchaften ſei, ſo ſeien doch andere Wege zum Ziel nicht darum zu überſehen, die nicht für Wenige ausgezeichnet, ſondern für die Maſſe der Arbeiter berechnet ſeien. Näher darauf einzugehen, fehlte die Zeit; der ganze Verlauf der Geſchichte aber zeigt, daß wir einem Zuſtand immer mehr zuſchreiten, in dem, wenn auch Manches unerfüllt bliebe, die geſammten Segnungen der Cultur der geſammten Menſchheit zu Theil werden.

□ **Breslau**, 25. Februar. [Handwerker-Verein.] Herr Profeſſor Dr. Reimann hielt am geſtrigen Abend vor ſehr zahlreicher Verſammlung Vortrag über „die Auslieferung der Reichsſtadt und Biſthums Metz und der anderen Lothringiſchen Biſthümer Toul und Verdun" an Frankreich. Nachdem er ſeine Freude über Wiedergewinnung dieſer faſt aufgegebenen Theile des deutſchen Reichs und des Elſaß ausgeſprochen, welche erſtere Kurfürſt Moritz von Sachſen um Unterſtützung ſeines Zuges gegen den Kaiſer Carl V. an König Heinrich II. von Frankreich preisgegeben hatte, erläuterte er die ſchwächlichen und verzagten Bemühungen, welche das „heilige deutſche römiſche Reich" gethan oder zu thun verſucht, um jene Länder dem freilich halb und halb zum Reich ſich zählenden Erbfeind wieder abzugewinnen. Aber weder Kaiſer Carl V. noch Ferdinand und ſeine Nachfolger beſaßen Kraft und deutſche Geſinnung genug, um Ernſt zu ergreifen, noch die Stände und Fürſtenräthe Einigkeit und Kraft, um dieſes Ziel thatkräftig zu verfolgen. Metz war unbefeſtigt und unbeachtet, namentlich durch Verrath ſeines Biſchofs in Hände der Franzoſen gefallen (1552), denen es auch eine Belagerung ſeitens Carl V. nicht zu entreißen vermocht hatte und im Weſtphäliſchen Frieden 1642 hatten die Vertreter des deutſchen Reichs daſſelbe als franzöſiſches Eigenthum anerkannt, in deſſen ungeſtörtem Beſitz es blieb, bis der letzte franzöſiſch-deutſche Krieg die theilweiſe nie erloſchenen Hoffnungen der deutſchen Patrioten zur Wahrheit machte. Nach dem Vortrag ſchloß die Sitzung mit kurzer Fragebeantwortung, die Herr Stadtrath Hüllebrand leitete, und einer Erinnerung Herrn Lindners an den Beſuch des nur bis zum 15. März ausgeſtellten Präuſcher'ſchen Muſeums. Donnerſtag, den 27., fällt die Sitzung aus, da der Herr Dr. Aſch ſich in Aufrechthaltung ſeiner Zuſage gehindert findet.

μ [Schornſteinbrand.] Geſtern Abend fand in dem Grundſtücke Uferſtraße Nr. 24a. ein Schornſteinbrand ſtatt, der, ohne Schaden anzurichten, bald vorüber war.

△ **Schweidnitz**, 24. Februar. [Stiftungsfeſt der freiwilligen Feuerwehr.] Am 22. d. Mts. beging der Verein der freiwilligen Feuerwehr unter zahlreicher Theilnahme von nah und fern ſein 10. Stiftungsfeſt. Der Uebung, welche am Nachmittage von 3½ Uhr ab veranſtaltet worden war, folgte am Abende ein gemeinſames Zweckeſſen in dem großen Saale der Braucommune. Es waren der Feſtgenoſſen gegen 300 verſammelt. Das Offiziercorps der Garniſon, die Mitglieder der königl. Staatsbehörden, ſowie die der ſtädtiſchen Communalbehörde waren vielfach vertreten. Die Freuden der Tafel wurden belebt durch Muſik, Geſang und Trinkſprüche. Den erſten Toaſt auf Se. Majeſtät den Kaiſer brachte Oberſt v. Schmeling, den auf den Kronprinzen der Landrath Bar. v. Zedlitz aus. Oberbürgermeiſter Glubrecht begrüßte den Verein und ſtattete demſelben den Dank der ſtädtiſchen Behörden ab. Das Wohl der letzteren brachte der Branddirector, Maurer- und Zimmermeiſter Thaler aus. Stadtrath Thiele, als Mitglied der Feuerwehr, hieß die Gäſte willkommen. Poſtdirector Lehmann dankte im Namen der letzteren. Brandmeiſter Grützner referirte über die Schreiben und Telegramme, welche dem Vereine zur Beglückwünſchung zugegangen waren. Camerad Kaufmann Dietrich gedachte der Theilnahme, welche der Landeshauptmann Graf Pückler, der als Ehrenmitglied auch diesmal dem Verein ein Gratulationsſchreiben geſendet, bisher den Beſtrebungen der Vereinsgenoſſen zugewendet, und ließ denſelben hochleben. Profeſſor Schmidt bemerkte in ſeinem Toaſt, daß zu den Annehmlichkeiten, welche die Stadt Schweidnitz in ſo reicher Menge biete, daß ſie mit andern Provinzialſtädten, deren Lob ſo vielfach in öffentlichen Blättern geſchildert werden, in die Schranken treten könne, die freiwillige Feuerwehr nicht wenig beitrage, da ſie nicht nur für die perſönliche Sicherheit ſorge, ſondern auch in ihrem Stiftungsfeſt einen ſo reichen Humor entwickele. Er danke alſo im Voraus den Mitgliedern der Feuerwehr, welche nach der Tafel in gewohnter Weiſe für die Unterhaltung ſorgen würden. Camerad Rätze hatte wiederum das humoriſtiſche Feſtlied gedichtet, welches in einer Attrape, die eine Wellwurſt darſtellte, bei Tafel den Anweſenden verabreicht und unter Begleitung der Muſik geſungen wurde. Dem Dichter wurde ein donnernder Applaus ausgebracht. Es folgten dann noch eine Reihe Toaſte, bis gegen 9 Uhr die Tafel aufgehoben wurde. Das Programm für die deklamatoriſchen, muſikaliſchen und theatraliſchen Vorträge, welche nun folgten und zum Theil ſehr vielen Beifall fanden, war ein reichhaltiges. Der Raum geſtattet nicht weiter darauf einzugehen. Die Ausführung deſſelben hielt die Feſtgenoſſen bis gegen 3 Uhr nach Mitternacht beiſammen.

⊙ **Trebnitz**, 22. Februar. In der vor Kurzem abgehaltenen General-Verſammlung des hieſigen Peſtalozzi-Zweig-Vereins, die leider von den auswärtigen Mitgliedern — jedenfalls des ſchlechten Wetters halber? — gar nicht beſucht war, wurde die erfreuliche Thatſache conſtatirt, daß der Verein, wenn auch vielleicht langſamer, als es mit Rückſicht auf ſeine humanen Beſtrebungen zu wünſchen wäre, doch ſtetig in ſeiner Entwickelung fortſchreitet. — So hat derſelbe in dem nun abgelaufenen Vereinsjahre unter Zurechnung der vom Provinzial-Vorſtande zur Unterſtützung gewährten 19 Thlr. 15 Sgr. im Ganzen 42½ Thlr. unter fünf, im hieſigen Kreiſe ein recht kümmerliches Daſein friſtende Lehrerwittwen und Waiſen entſprechend zur Vertheilung gebracht und immerhin verfügt der Zweig-Verein noch über einen Baarbeſtand von 60 Thalern, welches Sümmchen vor dem Zutritt zum Provinzial-Peſtalozzi-Verein durch zwei außerordentliche Einnahmen dem hieſigen Zweigverein verfügbar wurde.

⊙ **Gleiwitz**, 23. Februar. [Vereine.] Der Wohlthätigkeits-Verein Toſt-Gleiwitz beabſichtigt zum Beſten der Armen und Nothleidenden eine Ausſtellung von Erzeugniſſen der Gartenkunſt in der Zeit vom 26. bis zum 29. April d. J. zu veranſtalten. Das Programm dazu iſt bereits ausgeſchrieben und die Prämien verzeichnet. Einzelne dem Vereine überlaſſene Erzeugniſſe werden durch Verlooſung vertheilt. Es zeigt ſich für das Project eine rege Theilnahme, und wird, was im Intereſſe des Vereins nur zu wünſchen iſt, vorausſichtlich die Ausſtellung reichlich beſchickt werden. Dreißig Prämien ſind zur Vertheilung beſtimmt.

Breslau, 26. Febr. [Waſſerſtand.] O.-P. 15 F. 5 Z. U.-P. 1 F. 1 Z. Eisſtand.

Meteorologiſche Beobachtungen auf der königl. Univerſitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 25. 26.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	333''',39	334''',90	331''',98
Luftwärme	— 0°,8	— 2°,2	— 3°,4
Dunſtdruck	1''',33	1''',31	1''',25
Dunſtſättigung	72 pCt.	80 pCt.	86 pCt.
Wind	NW. 2	SO. 1	SO. 3
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.

Berlin, 25. Februar. Ohne daß irgend welche beſondere Gründe vorlagen, zeigte die heutige Börſe ein weniger animirtes Gepräge, als in den jüngſten vorhergegangenen Tagen. Die flüſſigen Geldverhältniſſe haben ſich in keiner Hinſicht geändert, ebenſo wenig laſſen ſich Befürchtungen hegen, daß noch in dem weiteren Verlaufe der Liquidation Schwierigkeiten auftreten könnten. Der heute publicirte Ausweis der Preußiſchen Bank gewährt auch in dieſer Rückſicht einen Belag, denn die Lombardbeſtände, die ſich ſonſt in ſtärkerem Maße zum Ultimo vergrößern, haben bis zum 22. Februar nur um 358,000 zugenommen und das Wechſelportefeuille hat ſich ſogar um über ¾ Millionen verringert. Demgemäß kann die verringerte Geſchäftsthätigkeit nur auf eine Luſtloſigkeit zurückgeführt werden, die keineswegs in einem allgemeinen Umſchwung der Meinung baſirt, ſondern nur vorübergehender Natur ſein dürfte. Die Speculationswerthe bewegten ſich ſehr träge und hielten ſich in niedrigerem Niveau, als die geſtrigen Schlußcourſe zwar, doch innerhalb ſehr geringer Schwankungen ziemlich feſt. In Betreff der Liquidation hielten ſich Nachfrage und Angebot faſt vollkommen die Waage, ſo daß die Reports reſp. Deports nur unbedeutende Bruchtheile betragen. Oeſterreichiſche Creditactien wurden am meiſten zwar gehandelt, doch waren auch hierin die Umſätze nicht von Belang. Oeſterreichiſche Bahnen verkehrten meiſt in matter Haltung, Galizier und öſterreichiſche Nord-Weſtbahn niedriger. Ziemlich lebhafte Frage äußerte ſich aber für Franz-Joſephbahn. Auch öſterr. Fonds ſtellten ſich weniger feſt und ließen im Courſe nach, mit Ausnahme von Türken folgten alle auswärtigen Fonds dieſem Beiſpiel. Auf dieſem geſammten Gebiete blieb der Verkehr ſehr ſchwach, beſonders gab franzöſ. Rente nach. Amerikaner matt, von ruſſiſchen Staats-Effecten 71er und 72er Anleihe rege. Preuß. und deutſche Fonds feſt, Prioritäten ſtill. Auf dem Eiſenbahnactien-Markte erwies ſich die Prämien-Erklärung inſofern von Einfluß, als ſie die Geſchäftsthätigkeit hemmte, nur die Rheiniſch-Weſtphäliſchen Deviſen zeigten ſich feſt und ziemlich belebt, für andere Werthe verfolgte das Geſchäft faſt ausſchließlich Regulirungs-Zwecke. Von leichten Bahnen waren Schweizer Union geſucht, Schweizer Weſtbahn niedriger, gleichfalls Berlin-Dresden matt, Grajewo feſt, Oſtpreußiſche Südbahn höher. Das Prämiengeſchäft war ganz belanglos. Bankactien ziemlich rege und feſt, lebhafter gingen meiſt zu ſteigendem Courſe um: Disconto-Command., Centralbank für Bauten, Eſſener Credit, Metropole, Kieler, Leipziger Vereinsbank, Nordbaubank, Wechslerb., Oſtfrieſiſche, Oeſterreichiſch-Deutſche und Unionbank. Paderſteinſcher Bankverein 121¾, Dresdener Bank 100½ Gd., Halleſche Credit 96½ Gd., Leipziger Disc. 110½ bez. u. Gd., Warſchauer Disc. 102 Gt., Wiener Arbitrage 131½ Gd. Induſtrie-Papiere zwar im Allgemeinen ruhiger, doch recht feſt. Schoenbecker Chemiſche, desgleichen Schering, Beskow, ſowie Façonſchmiede, Schleſiſche Porzellan beliebt, Paſſage, beide Lichtefelder, Berlin-Charlottenburg, Centralbauverein, Chemnitzer Baugeſellſchaft und Oſtend belebt. Montanwerthe meiſt rege. Weſtphalia 127 bez. u. Gd., Tuchfabrik Thomas 103 bez. u. Gd., Metall-Induſtrie 105¾ bez. u. Gd., Berzelius 122¾ bez. u. Gd., Harzer Union 124½ bez., Weſtpreuß. Eiſenh. 115¾, Annn. 114¼, Glückauf 122½, Moritzh. 105—107½. (Bank- u. H.-Ztg.)

---

* **[Oberſchleſiſche Eiſenbahn.]** Das Bezugsrecht auf die neuen Actien lit. D. iſt in der Zeit vom 15. bis 26. April geltend zu machen.

Brüſſel, 25. Febr. Die Nationalbank hat den Discont von 4½ auf 4 Procent herabgeſetzt.

S. Stettin, 25. Februar. [Stettiner Börſenbericht.] Wetter: ſchön Temperatur + 1° R., Morgens — 5°. Barometer 28" 4'''. Wind: SO. — Weizen etwas feſter, pr. 2000 Pfd. loco gelber ger. 50—63 Thlr. bez., beſſerer 64—75 Thlr. bez., feiner 76—82 Thlr. bez., pr. Februar 82 Thlr. nom., pr. Frühjahr 82⅛, ¼, ¾, ½ Thlr. Br. u. Gld., pr. Mai-Juni 82 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 81½ Thlr. Br. u. Gld., pr. Juli-Auguſt 80¾, 81 Thlr. bez., pr. Auguſt-September 81 Thlr. bez., pr. September-October 76½, ¾ Thlr. bez. — Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco ger. 50—54 Thlr bez., feiner bis 55 Thlr. bez., pr. Februar-März 53¾ Thlr. nom., pr. Frühjahr 53⅛, ⅜ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 53⅜, ¼ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 53⅜, 53 Thlr. bez., pr. September-October 51¾, ½ Thlr. bez. — Gerſte unverändert, pr. 2000 Pfd. loco 50—58 Thlr. bez., pr. Frühjahr Schleſ. 56½ Thlr. Gld. — Hafer unverändert, pr. 2000 Pfd. loco 38—44 Thlr. bez., pr. Frühjahr 44 Thlr. Gld. — Erbſen ſtill, pr. 2000 Pfd. loco 42—47 Thlr. bez., pr. Frühjahr Futter- 47 Thlr. bez. — Winterrübſen pr. 2000 Pfd. pr. September-October 98 Thlr. Br. u. Gld., 97¾ Thlr. bez. — Rüböl flau, pr. 200 Pfd. loco 22⅓ Thlr. Br., pr. Februar u. Februar-März 21⅔ Thlr. bez., pr. März-April 21¼, ⅜ Thlr. bez., pr. April-Mai 21¼, ⅜ Thlr. bez., pr. September-October 22⅔, $\frac{7}{12}$, ½ Thlr. bez., Br. u. Gld. — Spiritus matt, pr. 100 Liter à 100 pCt. loco ohne Faß $17\frac{13}{24}$, ½ Thlr. bez., pr. Februar-März 17½ Thlr. nom., pr. Frühjahr 17⅝ Thlr. bez., Br. u. Gld., pr. Mai-Juni 18⅙ Thlr. Br. u. Gld., pr. Juni-Juli 18½ Thlr. Br. u. Gld., pr. Juli-Auguſt 18⅜ Thlr. bez., pr. September-October 18¼ Thlr. bez. u. Br. — Petroleum loco 6⅓ Thlr. Br., pr. September-October 6 Thlr. bez. u. Gld., $6\frac{1}{24}$ Thlr. Br.

Angemeldet: Nichts.

Regulirungspreiſe: Weizen 82, Roggen 53¾, Rüböl 21⅜, Spiritus 17½ Thlr.

Poſen, 25. Februar. [Producten-Bericht von Lewin Berwin Söhne.] Roggen: (pro 1000 Kilogr.) geſchäftslos. Kündigungspreis 52½. Gek. — Wſpl. Februar 52½ nom., Februar-März 52½ nom., Frühjahr 53 G., 53¼ Br., April-Mai 53 G., 53¼ Br., Mai-Juni 53 G., 53¼ Br., Juni-Juli —. Spiritus (pro 10,000 Liter %) matter. Kündigungspreis 17⅓. Gek. 15,000 Liter. Februar 17⅓ bez. u. Br., März 17⅜ bez. u. Br., April 17⅝ Br., April-Mai 17¾ bez. u. Br., Mai 17⅞ bez. u. G., Juni 18⅛ bez. u. Br., Juli 18⅓ bez. u. G., Auguſt 18½ bez. u. Br., September —.

Poſener Markt-Bericht. Weizen: unverändert, pro 1050 Kilogramm feiner 88—90 Thlr., mittel 80—83 Thlr., ordinär und defect 70—80 Thlr. — Roggen: niedriger, pr. 1000 Kilogr. feiner 56—57 Thlr., mittel 54—55 Thlr., ordinär 50—52 Thaler. — Gerſte begehrt, pr. 925 Kilogr. feine 46—48 Thlr., mittel und ordinär 40—44 Thlr. — Hafer: gefragt, pr. 625 Kilogramm feiner 26—29 Thlr., mittel u. defect 24—26 Thlr. — Erbſen: matter, pro 1125 Kilogramm, Koch-Erbſen 53—54 Thlr., Futter-Erbſen 47—49 Thlr. — Lupinen: begehrt, pr. 1000 Kilogramm gelbe 32—34 Thlr., blaue 28—32 Thlr. — Wicken: ſtill, pr. 1000 Kilogr. 40—45 Thlr. — Oelſaaten: pr. 50 Kilogr. Raps — Thlr., Rips — Thlr. — Leinſaamen: unverändert, pro 50 Kilogr. 3—3¼ Thlr. — Klee matt, roth 14—18, weiß 14—19 Thlr. — Buchweizen: offerirt, pr. 75 Kilogr. 44—47 Thlr. — Feinſte Waaren über Notiz. — Wetter: Schön.

Nürnberg, 22. Febr. [Hopfenbericht.] Seit geſtern iſt der Markt ſtill und ſind nur einige Poſten Mittelſorten zu 70, 75—88 fl. zu melden, während einige Abſchlüſſe in Primaſorten unter Händlern zu geheim gehaltenen, jedenfalls hohen Preiſen, unter verſchiedenen Kaufsbedingungen keine Norm bieten. Das heutige Geſchäft iſt bis Mittag ziemlich ſtill, und Abſchlüſſe ſind vereinzelt geblieben, welche unveränderten Preisſtand bekunden. Einige Kleinigkeiten gute ſecunda Würtemberger wurden zu 80—85 fl., Elſäſſer, je nach Qualität, zu 70—78 fl., Marktwaare, Mittelſorten zu 72 bis 78 fl., etliche Pöſtchen prima Hallertauer zu 90—92 gehandelt. Umſatz 80 Ballen.

—d. **Langenöls**, 24. Febr. [„Glückauf, Actiengeſellſchaft für Braunkohlenverwerthung."] Auf der hieſigen „Heinrichgrube" wurden während des Jahres 1872 an Braunkohle 1,154,241 Hektoliter gefördert. Davon ſind 825,122 Hektoliter verkauft, 267,580 zur Fabrikation von Preßſteinen verwendet und 56,600 Hektoliter zur Keſſelfeuerung verbraucht worden. An Preßſteinen ſind 18,286,360 Stück fabricirt und davon 17,038,700 Stück verkauft worden. Der Erlös aus den verkauften Braunkohlen und Braunkohlenfabrikaten betrug 125,512 Thlr. 12 Sgr. 3 Pf. — Zum Aufſchluß eines neuen Grubenfeldes iſt ein Querſchlag mit einem Koſtenaufwande von 4861 Thaler angelegt, auf Bohrarbeiten in ſechs anderen Ortſchaften ſind 4109 Thlr., die Anlage der zweiten Preßſteinfabrik iſt gänzlich und der Bau der Theerſchwelerei, deren Anlage von Sachverſtändigen finanziell als eine überaus günſtige Verwerthung der Braunkohle bezeichnet wird (die hieſige Braunkohle eignet ſich nämlich ganz beſonders zur Theer-

gewinnung), zum größten Theile vollendet worden. — Die „Urania-Grube" nebſt Ziegelei zu Berthelsdorf bei Lauban wurde von oben genannter Geſellſchaft zum Preiſe von 50,000 Thaler angekauft, daſelbſt zur Ausnutzung einer zweiten Kohlenmulde mit einem 5 Meter mächtigen Kohlenflötze eine neue Maſchinenanlage geſchaffen und der Maſchinenſchacht abgeteuft. — Von den hier geförderten 118,882 Hektoliter Braunkohle wurden 86,732 verkauft, 473 zu Kohlenziegeln verſtrichen, 5744 zur eigenen Ziegelei verkauft und 3145 Hektoliter zur Keſſelfeuerung verbraucht. Für verkaufte Kohlen und Kohlenziegeln wurden 8434 Thlr. 2 Sgr. 7 Pf. eingenommen. Die verkauften 441,701 Stück Ziegeln gaben einen Erlös von 4112 Thlr. 8 Sgr. Bei der Ziegelei wurden verſchiedene Inſtandſetzungen und Verbeſſerungen vorgenommen. — Der Reingewinn betrug 53,205 Thlr. 8 Sgr. 4 Pfg., wovon nach dem Antrage der Direction 20,721 Thlr. 22 Sgr. 5 Pf. zu Abſchreibungen, zum Amortiſations- und Reſervefonds und 30,000 Thaler zur Zahlung von 12½ pCt. Dividende für die urſprünglich emittirten 240,000 Thaler Actien verwendet wurden. — In jüngſter Zeit ſind noch 120,000 Thlr. neue Actien theils zur Deckung des Kaufpreiſes der „Urania-Grube", theils zur Bezahlung von Hypothekenſchulden, theils zu neuen Erwerbungen und Betriebseinrichtungen emittirt worden.

Berlin, 25 Februar. Weizen: Termine behauptet. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. Loco 72—89 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., pro Februar 82¾—83 Thlr. bez., pr. Februar-März 82¾—83 Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-Mai 83⅜—⅝—½ Thlr. bez., Mai-Juni 81⅞—82 Thlr. bez., Juni-Juli 81⅝—½ Thlr. bez., Juli-Auguſt — Thlr. bez., September-October — Thlr. bez., geringer weißbunter poln. 76½ Thlr. ab Bahn bez. — Roggen war in den feinen Qualitäten leicht zu placiren. Termine feſt eröffnend, ermatteten im Verlauf der Börſe, ſo daß ſich Abgeber in kleine Preisconceſſionen fügen mußten. Gekündigt 1000 Ctnr. Kündigungspreis 55¾ Thlr. Loco 56—59 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität, ruſſiſcher 55⅝ Thlr. bez., inländiſcher 56—57½ Thlr. ab Bahn bez., pr. Februar 55¾ Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-Mai 54¾—½ Thlr. bez., Mai-Juni 54—53¾—⅞ Thlr. bez., Juni-Juli 53⅞—¾ Thlr. bez., Juli-Auguſt 52⅞—¾ Thlr. bez., September-October 52½—⅝ Thlr. bez. — Rüböl anfangs feſt, dann matt und billiger. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. Loco 22⅝ Thlr. bez. — Spiritus bei ſchwachem Handel gedrückt, loco ohne Faß 17 Thlr. 25—24 Sgr. bez., pro Februar und Februar-März 18 Thlr. 4 Sgr. bez., März-April — Thlr. — Sgr. bez., April-Mai 18 Thlr. 11—13—12 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 14 Sgr. bez., Juni-Juli 18 Thlr. 21 Sgr. bez., Juli-Auguſt 18 Thlr. 26—27 Sgr. bez. Gekündigt 40,000 Liter. Kündigungspreis 18 Thlr. 5 Sgr. — Wetter: Hell.

Breslau, 26. Febr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen ſehr ruhig, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preiſen.

Weizen für beſſere Qualitäten mehr Kaufluſt, pr. 100 Kilogr. ſchleſiſcher weißer 6⅔ bis 8⅓ Thlr., gelber 6½—8¼ Thlr., feinſte Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 5⅓—6 Thlr., feinſte Sorte 6 1/12 Thlr. bezahlt.

Gerſte mehr Kaufluſt, pr. 100 Kilogr. 4¼—5⅙ Thlr., weiße 5⅙ bis 5⅔ Thlr.

Hafer feſter, pr. 100 Kilogr. 4¼ bis 4⅔ Thlr., feinſte Sorte über Notiz bezahlt.

Erbſen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 4⅙—5⅙ Thlr.

Wicken ohne Umſatz, pr. 100 Kilogr. 4 5/12—4¼ Thlr.

Lupinen gut beachtet, pr. 100 Kilogr. gelbe 2 11/12—3⅙ Thlr., blaue 2 11/12 bis 3⅙ Thlr.

Bohnen preishaltend, pr. 100 Kilogr. ſchleſiſche 5¾—6 Thlr.

Mais unverändert, pr. 100 Kilogr. 5—5⅙ Thlr.

Oelſaaten preishaltend.

Schlaglein unverändert.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinſaat	8 — —	8 15 —	9 — —
Winter-Raps	9 17 6	9 25 —	9 25 —
Winter-Rübſen	8 17 6	8 25 —	9 7 6
Sommer-Rübſen	8 15 —	8 22 6	9 7 6
Leindotter	7 — —	7 25 —	8 10 —

Rapskuchen mehr beachtet, ſchleſiſche 70—73 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen offerirt, ſchleſiſche 88—90 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleeſaat wenig verändert, rothe 13—16⅙ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 13½—17½—20 Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee ſehr feſt, 8⅙—10⅙ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

Telegraphiſche Depeſchen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Bern, 24 Februar. Die geſtrige Meldung über den Ausbruch eines Conflictes mit der katholiſchen Geiſtlichkeit in St. Gallen iſt dahin zu berichtigen, daß der Regierungsrath dem biſchöflichen Faſtenmandate ſein Placet nicht verſagte, da letzteres nach der Cantonalverfaſſung für die Verkündigung biſchöflicher Erlaſſe überhaupt nicht erforderlich iſt, ſondern nur die Erklärung abgegeben hat, daß der Inhalt des Mandates für den Staat keine civilrechtlichen und politiſchen Conſequenzen habe.

Bern, 25. Februar. Nach eingegangener Meldung berief in Solothurn die Regierung zwei Bataillone und eine Scharfſchützencompagnie ein.

Bern, 25. Februar. Die liberalen Katholiken des Cantons Luzern haben in einer Adreſſe ihre Zuſtimmung zu den von der Diözeſanconferenz des Bisthums Baſel gefaßten Beſchlüſſen ausgeſprochen. Von katholiſchen Einwohnern des Cantons Baſelſtadt iſt der Cantonal-Regierung eine Petition überreicht, in welcher ſie darum nachſuchen, daß ihnen die Theilnahme an den Verhandlungen über die Gründung des in Ausſicht genommenen ſchweizeriſchen National-Bisthums geſtattet werde.

Baſel, 25. Februar. Der Literarhiſtoriker Heinrich Kurz, Profeſſor und Bibliothekar in Aarau, iſt, wie die heutigen „Baſeler Nachrichten" melden, nach längerer Krankheit im 67. Lebensjahre geſtorben.

Paris, 25. Februar. Die Poſtverbindung mit Madrid iſt wiederhergeſtellt und ſind von dort Briefe vom 23. d. heute hier eingetroffen.

London, 25. Februar, Nachts. Unterhausſitzung. Hartington erklärte auf eine Anfrage Henrys, daß die Verfolgung der Unterſuchung wegen der Wahlen in Galvey aufgegeben ſei, da nach Anſicht der conſultirten Juriſten ein Verdict für die Schuld der Angeklagten nicht zu erlangen ſein werde.

London, 25. Februar. In der geſtern in Nottingham ſtattgefundenen, von zehntauſend Perſonen beſuchten Verſammlung wurde der Beſchluß gefaßt, beim Parlamente eine Petition um Niederſetzung einer Commiſſion zur Unterſuchung der Urſachen der Kohlentheuerung einzureichen. Die Verſammlung ſprach ſich in mißbilligender Weiſe gegen die Haltung der Kohlengrubenbeſitzer aus.

Haag, 25. Februar. Die geſtern hier eingetroffene japaneſiſche Geſandtſchaft iſt heute vom Könige in feierlicher Audienz empfangen worden.

Bukareſt, 25. Februar. Die Regierung hat der Kammer einen Geſetzentwurf vorgelegt, welcher die Einſetzung politiſcher Agenten in Rom und Waſhington behufs Befeſtigung der politiſchen und volkswirthſchaftlichen Beziehungen mit Italien und Nordamerika zum Zweck hat. Die Kammer beſchloß, den Geſetzentwurf als dringlich zu behandeln.

Quebek, 24. Februar. Bei Gelegenheit der Wahlen kam es zwiſchen Anhängern der conſervativen und der nationalen Partei zu heftigen Ruheſtörungen. Zwei Perſonen wurden getödtet, mehrere verwundet.

Waſhington, 24. Februar. Das Repräſentantenhaus des Congreſſes hat nach einer ſehr lebhaften Discuſſion mit 145 gegen 30 Stimmen das Geſetz über die Ausführung der in dem Waſhingtoner Vertrage enthaltenen Stipulationen betreffend die Fiſcherei in den kanadiſchen Gewäſſern angenommen.

Berliner Börse vom 25. Februar 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	4	140¼ bz.
do. do.	2 M.	4	139⅝ bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	4	— —
do. do.	2 M.	4	— —
London 1 Lst.	3 M.	3½	6.21 bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	5	— —
Wien 150 Fl.	8 T.	6	92¼ B. 92G.
do. do.	2 M.	6	91⅝ B. ¼ G.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	56 20 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	4½	99⅝ G.
do. do.	2 M.	4½	— —
Frankf.a.M.100Fl.	2 M.	5	— —
Petersburg 100 SR.	3 M.	6½	90 bz.
Warschau 90 SR.	8 T.	6	82¼ B.
Bremen	8 T.	5	— —

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	101½ G.
Staats-Anl. 4½ %ige	4½	100⅝ bz.G.
dito consolid.	4½	104½ bz.
dito 4%ige	4	96⅞ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	91¼ G.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	127½ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101¾ B.
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	96½ bz.G.
Pfandbriefe. Berliner	4½	99½ bz.G.
Central-Boden-Cr.	5	102 bz.
do. Unkündb.	5	102¼ B.
Pommersche	3½	81¾ bz.
Posensche	4	91⅝ et bz B.
Schlesische	3½	82¾ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	96 G.
Pommersche	4	96¼ G.
Posensche	4	94¼ bz.
Preussische	4	94¼ bz.
Westfäl. u. Rhein.	4	98⅛ B.
Sächsische	4	96 G.
Schlesische	4	94¼ bz.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 72¾ G.
Oldenburger Loose 39⅝ G.

Louisd'or 110 bz	Dollars 1.11⅝ G
Sovereigns 6.22 G.	FrmdBkn. 99¾ bz
Napoleons 5.10⅝ bz	Oest. Bkn. 92 1/16 bz.
Imperials 5.16 G.	Russ. Bkn. 82⅞ bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	68¼ bz.
do. Papierrente	4⅕	65⅝ à ¼ bz.G.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	97¼ bz.
do. 54er Präm.-Anl.	4	96¾ G.
do. Credit-Loose	—	119 bz.
do. 64er Loose	—	99¼ bz.
do. Silberpfandbr.	5½	85¾ bz.
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Gs.	5	92½ G.
Wiener Silberpfandbr.	5½	91 bz.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	129¾ B.
do. do. 1866	5	130½ bz.
do. Bod.-Cred.-Pfb.	5	91 bz.B.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	77⅛ et bz B.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	77 G.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	65⅝ bz.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	96 bz.
do. p. 1885	6	98¼ B.
do. 5% Anleihe	5	96⅞ bz.G.
Badische Präm.-Anl.	4	114½ B.
Baiersche 4% Anleihe	4	116¼ G.
Französische Rente	5	88¼ bz.
Ital. neue 5% Anleihe	5	65½ et bz.B.
Ital. Tabak-Oblig.	6	94 bz.G.
Raab-Grazer 100 Thlr-L.	4	— —
Rumänische Anleihe	8	— kl
Türkische Anleihe	5	53 bz.
Ung. 5% St. Eisenb. Anl.	5	78⅝ bz.

Badische 35 Fl.-Loose 41¾ B.
Braunschw. Präm.-Anl. 25¼ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 10½ B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	99 G.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	83¾ B.
do. do. VI.	4½	99⅝ bz.
do. Nordbahn	5	103 B.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	99 G.
do. do. G.	4½	99 G.
do. do. H.	4½	99 G.
Cöln-Minden III.	4	91½ bz.G.
do. do. do.	4½	100⅝ bz.
do. do. IV.	4	91¼ G.
do. do. V.	4	91 G.
Märkisch-Posener	5	— —
Ndrschl.-Märkische	4	93½ bz.
do. do. III.	4	— —
do. do. IV.	4½	100¼ G.
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	102½ bz.G.
do. do. D.	5	102½ bz.G.
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	91½ G.
do. D.	4	91½ G.
do. E.	3½	82¾ G.
do. F.	4½	100 B.
do. G.	4½	99½ bz.
do. H.	4½	99¾ bz G.
do.	5	102⅞ bz.
do. Brieg-Neisse	4½	99 G.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	91 G
do. do. III.	4½	— —
do. do. IV.	4½	— —
do. do.	5	102½ G.
Ostpreuss. Südbahn	5	102 B.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	103 bz.
Schlesw. Eisenbahn	4½	98 G
Stargard-Posen III. Em.	4½	99 G
Lemberg-Czernowitz	5	71⅞ bz.
do. do. II.	5	79⅝ bz.B.
do. do. III.	5	72⅝ bz B.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	93¼ G.
do. do. neue	5	90¼ G.
Kaschau-Oderberg	5	85¾ bz.B.
Kronpr. Rudolph-Bhn	5	81¼ et bz.B.
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	82⅞ bz.B.
Oesterr.-Französische	3	298¼ B.
do. do. neue	3	286¼ bz.G.
do. südl. Staatsbhn.	3	253¾ bz B.
do. neue	3	251¾ bz.B.
do. Obligationen	5	87¾ bz B.
Chemnitz-Komotau	5	94 bz.
Prag-Dux	5	86⅝ bz.
Dux-Bodenbach	5	88¼ B.
Rockford Rock Island	7	34⅝ bz.
Ung. Nordostbahn	5	77 B
Ung. Ostbahn	5	71¾ et bz G.
Warschau-Wien II.	5	86¼ G
do. III	5	95¾ bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht	3/5	—	4	47¼ bz B.
Berg.-Märkische	7½	—	4	123⅞ bz
Berlin-Anhalt	18⅔	—	4	208⅝ bz G.
Berlin-Görlitz	0	—	4	116½ bz
Berlin-Hamburg	10⅝	—	4	229 bz B.
Berl.-Potsd.-Magd.	14	—	4	150¾ bz G
Berlin-Stettin	11 5/12	—	4	192 bz
Böhm. Westbahn	8½	—	5	110¾ bz G.
Breslau-Freib.	9⅓	—	4	121 bz
do. neue	—	—	5	111 bz
Cöln-Minden	11⅕	—	4	167½ à ¼ bz
do. do. neue	5	—	5	115 bz G.
Dux-Bodenbach B.	5	—	5	64 bz G.
Gal. C.-Ludw.-B.	8½	—	5	105⅝ à ¼ bz
Halle-Sorau Guben	4	—	4	65⅝ bz G
Hannover-Altenb.	5	—	5	82⅞ bz
Kaschau-Oderberg	5	—	5	81 bz B.
Kronpr.-Rudolfb.	5	—	5	78⅝ bz G.
Ludwigsh.-Bexb.	11⅛	—	4	195⅞ bz
Märk.-Posener	0	—	4	60½ bz
Magdeb.-Halberst.	8½	—	4	135⅛ bz
Magdeb.-Leipzig	16	—	4	268 bz G.
do. Lit. B.	4	—	4	100⅞ bz
Mainz-Ludwigshaf.	11	—	4	175⅝ à ⅝ bz
Ndrschl.-Märk.	4	—	4	95⅞ bz
Ndrschl.-Zweigb.	5	—	4	111⅞ G.
Oberschles. A. u. C.	13⅓	—	3½	223½ bz
do. B.	13⅓	—	3½	200¾ bz
Oestr.-Fr.-St.-B.	12	—	5	203½ à 2¾ bz
Oester.-Nordwestb	5	—	5	133⅞ bz
Oestr. südl. St.-B.	4	—	5	116⅝ à ⅝ bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	48 bz B.
Rechte O.-U.-Bahn	3	—	5	129¼ bz
Reichenberg-Pard.	4 2/7	—	4½	81 bz
Rheinische	10	—	4	155⅝ à ⅝ bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	46⅝ bz
Rumän. Eisenb.	5⅔	—	6	45⅜ bz
Schweiz. Westbahn	2	—	4	57⅞ bz
Stargard-Posener	4½	—	4½	100⅝ bz
Thüringer	10⅔	—	4	148¼ bz
Warschau-Wien	12	—	5	86⅜ bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin Görlitzer	5	—	5	106 bz
Berlin Nordbahn	—	—	5	67½ bz
Breslau-Warschau	5	—	5	60 bz B.
Halle-Sorau Guben	5	—	5	82½ bz G.
Hannover-Altenb.	5	—	5	92 bz G.
Kohlfurt-Falkenb.	—	—	5	93⅞ bz
Märk.-Posener	0	—	5	82¼ bz G.
Magdeb.-Halberst.	3½	—	3½	84¾ bz G
Ostpr. Südbahn	0	—	5	75⅛ bz
Rechte O.-U.-Bahn	5	—	5	126½ G
Saal-Bahn	—	—	5	77½ bz

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk	—	7½	5	117 bz G.
Berliner Bank	15	—	4	114½ bz G
Berl. Bankverein	16	—	5	157 bz G.
Berl. Kassen-Ver.	12⅖	29 8/10	4	295½ B.
Berlin. Hand.-Ges.	12½	—	4	152 bz G.
Berl. Lombard-Bk.	5	—	5	91½ bz G.
Berl. Makler-Bank	25⅝	11	4	104⅛ bz
Berl. Prod.-Makl-B.	—	—	5	99½ bz
Berl. Wechslerbnk.	12½	—	5	68⅞ bz G
Braunschw. Bank	8½	—	4	124½ G.
Bresl. Disc.-Bank				
Friedenthal u. C.	13	—	4	123⅝ et bz G
Bresl. Handels-Ges.	—	—	5	— —
Bresl. Maklerbank	—	—	5	154 bz G.
BreslMakl-Ver.-Bk	—	—	5	111¼ G
BrProvWechslerB.	—	—	5	108 bz.
Brsl. Wechslerbnk.	12	—	4	131 B
Centr.-Bk. f. Genos.	12	—	4	130½ bz G
CoburgerCred.-Bk.	10⅔	—	4	104½ B.
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	115 B.
Darmst. Creditb.	15	—	4	395⅞ bz
Darmst. Zettelbank	8	—	4	113¾ bz
Dessauer	—	—	fr.	15¼ G.
Deutsche Bank	8	—	4	107½ bz
DeutscheUnionsbk	11⅓	—	4	112⅛ bz G
Disc.-Com.-A.	24	—	4	284⅞ bz
Genfer Bank	—	—	fr.	7⅛ G.
Genossensch.-Bnk.	10⅔	—	4	136¾ bz G.
do. junge	—	—	4	30 bz B
Gewb. Schusteru. C.	10⅔	—	4	130¼ bz G.
Goth. Grundcred.-B	9	—	4	117 bz G.
Hamb. Nordd. Bk.	12⅗	13⅔	4	175 B.
do. Vereins-Bk.	11¼	13⅔	4	125¼ G
Hannover'sche do.	—	—	5	111 et bz G.
do. Disconto-Bk.	—	—	5	93¼ G.
Hessische Bank.	—	—	4	87½ bz
Königsberger do.	11	8	5	95⅞ bz G
Landw.-B. Kwileck	—	—	4	93 bz G
Leipz. Credit-Bnk.	11	—	5	177¼ bz G.
Luxemburger do.	12	—	4	143⅞ bz B.
Magdeburger do.	5⅘	—	4	107¼ G
Meininger do.	12	—	4	151¼ bz G.
Moldauer Lds.-Bk.	8	—	4	69¼ G.
Ndrschl. Cassenver.	12	—	4	124½ bz G.
Nordd. Grundcr.-B	8	—	4	121 bz G.
Oberlausitzer Bnk.	10⅔	—	4	103¾ B.
Oest. Credit-Actien	17½	—	5	208⅞ à ¼ bz
Ostdeutsche Bank	—	—	5	103 bz G
OstdProducten-Bk	—	—	5	90 bz G.
Posener Bank	6⅘	—	4	112 B.
Pos. ProvWechslb.	—	—	4	86½ bz G.
Preuss. Bank-Act.	12 8/10	—	4	201½ bz
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B	14	—	5	181 bz G.
Pr. Central-Bod. Cr.	9⅔	—	5	131⅝ bz
Pr. Credit-Anstalt.	—	24	5	143 bz G.
Prov-Wechsler-Bk	—	—	4	90 bz G.
Sächs. B. 60% I. S.	10	—	4	151 B.
Sächs. Cred.-Bank	11	—	4	130 bz
Schles. Bank-Ver.	12	—	4	163½ bz B.
Schl. Vereins-Bank	—	—	5	108¼ bz
Thüringer Bank	9	14	5	127¾ bz
Ver.-Bk. Quistorp.	15	19	5	185 bz
Weimar. Bank	7	—	4	118 G
WienerUnionbank	—	—	5	152⅞ bz
Berl. Eisenb. Bed-A	10⅔	—	5	181¼ bz
Görlitzer do.	0	—	5	76½ bz G
Oberschles. do.	6	—	5	166¾ bz G
Märk. Schl Masch-G	—	—	5	67½ bz G
Nordd. Papierfabr.	8 1/10	—	5	99 bz B.
Westend, Comm-G.	18	17	5	188 B.
Baltischer Lloyd.	10	—	5	75½ bz G.
Bresl. Bierbrauere	—	—	5	79¾ bz G
do. verein. Oelfab.	—	—	5	88½ G.
Bresl. E-Wagenbau	7	—	5	95½ bz
Erdm. Spinnerei.	—	—	5	87 bz G
Hoffm's Wagg. Fab.	—	—	5	83 bz G.
S. Act. Br. (Scholtz)	9	—	5	91⅞ bz G.
do. Porzellan	—	8	5	107¼ bz G.
Schl. Leinenindust.	10	—	5	108⅝ bz G
Schl. Tuchfabrik	11	—	5	106 G.
do. Wagenb. Anst.	—	—	5	94 bz G.
Donnersmarkhütte	—	—	5	100 bz G.
Königs- u. Laurah.	12⅔	—	5	258⅛ bz
Lauchhammer	—	—		118½ bz G.
Marienhütte	—	—		137 bz G.
Minerva	—	—	5	21 et bz G
O. Schl Eisenwerke	—	11		101 et bz B.
Redenhütte	—	10	5	125⅞ bz
Schl. Kohlenwerk	—	—	5	124¾ bz
Schles. Zinkh.-Act	6	—	5	113 bz G.
do. St.-Pr.-Act.	6	—	4½	113 bz G
Tarnowitz. Bergb.	9	—	fr.	311¾ bz
Hyp. Pfdb. d. Pr. Bod	—	—	fr.	102⅜ bz
Pomm. Hyp.-Briefe	—	—	5	102 bz
Goth. Präm.-Pfndb.	—	—	5	105¾ bz
MeiningerPrämPfb	—	—	4	95½ B.
Pr. Hyp.-Vers.-Act	12	—	4	120¼ G.
Schles. Feuervers.	20	—	4	130 B.

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Telegraphiſche Courſe und Börſennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 25 Februar, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Courſe.] 3proc. Rente 56, 12½. Anleihe de 1871 88, 20. Anleihe de 1872 90, 25. Italieniſche 5procentige Rente 65, 55. dto. Tabaks-Actien 860, 00. Franzoſen (geſtplt.) 767, 50. do. neue —, —. Oeſterreich. Staats-Eiſenbahn-Actien —, —. Oeſterr. Nordweſtb. —, — Lombard. Eiſenbahn-Actien 447, 50. dto. Prioritäten 254, 50. Türken de 1865 54, 65. do. de 1869 339, 00. Türkenlooſe 180, 25. Neueſte türkiſche Looſe — —. 6procent. Ver. St. pr. 1882 (ungeſt.) —. Goldagio —. Matt.

London, 25. Februar, 4 Uhr Nachmittags. Conſols 92 5/16. Spanier —, —. Italieniſche 5procentige Rente 64¾. Lombarden 17 9/16. Mexikaner — —. 5procent. Ruſſen de 1862 93. 5procentige Ruſſen de 1864 98 Silber — —. Nordd. Schatzſcheine —, —. Franzöſiſche Anleihe Morgan —. Türk. Anleihe de 1865 53¾. 6procent. Türk. Anleihe de 1869 66 5/16. 6proc. Verein. St. pr. 1882 91⅝. —,

Wechſelnotirungen: Berlin 6, 25¼. Hamburg 3 Monat 20, 48. Frankfurt a. M. 119½. Wien 11 Fl. 15 Kr. Paris 25, 72. Petersburg 31⅞.

Aus der Bank floſſen heute 216,000 Pfd. St. 9% Türken Bonds 93½.

Frankfurt a. M., 25. Februar, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 95⅝. Creditactien 365½. 1860er Looſe 97. Staatsbahn —. Franzoſen 355¼. Galizier 246½. Lombarden 203½. Silberrente 68⅞. Papierrente —. Hahn'ſche Effectenbank 135½. Deutſch-Oeſterr. Bank —. Provinzial 171—172. Nordweſtbahn —. Continental-Eiſenbahnbau —. Bankactien —. Still.

Dresden, 25. Februar, Mittags. Credit 208½. Lombarden 116½. Silberrente 68⅝. Sächſiſche Creditbank 129⅞. Sächſiſche Bank (alte) 151. do. (junge) 145½. Leipziger Credit 178⅞. Dresdener Bank 107. Dresdener Wechslerbank 122⅝. Dresdener Handelsbank 100¾. Sächſiſcher Bankverein 103½. Oeſterr. Noten 92⅞. Lauchhammer 118. — Matt.

Hamburg, 25. Februar, Nachm. [Schluß-Courſe.] Preuß. Thaler —. Hamburger Staats-Prämien-Anl. 101½. Silberrente 68⅞. Oeſter. Credit-Act. 312½. Oeſterr. 1860er Looſe 97¼. Nordweſtb. 500. Franzoſen 759. Raab-Grazer Looſe 85½. Lombarden 435½. Italieniſche Rente 64⅝. Vereins-Bank 126. Hahn'ſche Effectenbank 134¾. Commerzbank 127½. Nordd. Bank 179. Provinzial-Disconto-Geſellſchaft 170. Anglo-deutſche Bank 116¼. do. neue 110¾. Däniſche Landmannbank 102½. Dortmunder Union 185¾. Wiener Unionsbank —. 1864er Ruſſiſche Prämien-Anleihe 126½. 1866er Ruſſiſche Prämien-Anleihe 127¼. Amerikaniſche de 1882 91¼. Disconto 3¾ pCt. Laurahütte 258. — Matt.

Hamburg, 25. Februar. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco ruhig, auf Termine feſt. Weizen pr. Februar 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 249 Br., 247 Gd., pr. Februar-März 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 248 Br., 246 Gd., pr. April-Mai 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 246 Br., 245 Gd., pr. Mai-Juni 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 246 Br., 245 Gd. — Roggen pr. Februar 1000 Kilo netto 156 Br., 155 Gd., pr. Februar-März 1000 Kilo netto 156 Br., 155 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo 156 Br., 155 Gd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 156 Br., 155 Gd. — Hafer feſt, Gerſte flau. — Rüböl matt, loco 35, 25, pr. Mai 23, pr. October pr. 200 Pfd. 71. — Spiritus ſtill, pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Februar und pr. Februar-März 43½, pr. April-Mai 45. — Kaffee feſt, Umſatz 2000 Sack. — Petroleum matt, Standard white loco 17½ Br., 17¼ Gd., pr. Februar 17¼ Gd. pr. Auguſt-December 18 Gd.

Hamburg, 15. Febr., 8 Uhr 30 Min. [Privatverkehr.] Oeſterr. Silberrente 68. Amerikaner 91¼. Italiener 65. Lombarden 436. Oeſterr. Creditactien 312, 25. Oeſterr. Staatsbahn 758. Oeſterr. Nordweſtbahn 501. Anglo-deutſche 116, 25. Hamburger Commerz.- und Discontobank 127, 50. Rhein. Eiſenb.-St.-Actien 156, —. Bergiſch-Märkiſche 122, 25. Köln-Mindner 167, 25. Laurahütte 258, Dortmunder Union 185, 50. Matt.

Liverpool, 25. Febr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umſatz 8000 Ballen. Ruhig, Tagesimport 21,000 B., davon 15,000 B. amerikaniſche, 1000 B. oſtindiſche.

Liverpool, 25. Febr., Nachm. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umſatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Matt.

Middl. Orleans 10, middl. amerikaniſche 9¾, fair Dhollerah 6 13/16, middl. fair Dhollerah 6⅝, good middl. Dhollerah 5⅞, middl. Dhollerah 4⅞, fair Bengal 4⅝, fair Broach 7, new fair Domra 7¼, good fair Domra 7⅝, fair Madras 6¾, fair Pernam 10¼, fair Smyrna 8, fair Egyptian 10¼

Upland nicht unter good ordinary Januar-Verſchiffung 9 9/16, Orleans Februar-April-Verſchiffung 9 11/16 D.

Mancheſter, 25. Februar, Nachm. 12r Water Armitage 10, 12r Water Taylor 12, 20r Water Micholls 13⅝, 30r Water Gidlow 14¾, 30r Water Clayton 16, 40r Mule Mayoll 14¼, 40r Medio Wilkinſon 16, 36r Warpcops Qualität Rowland 15½, 40r Double Weſton 17⅛, 60r Double Weſton 19, Printers 16/16 34/50 8½pfd. 135. — Mäßiges Geſchäft, Preiſe feſt.

Petersburg, 25. Februar, Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Courſe.] Wechſelcours auf London 3 Monat 32 11/16, do. auf Hamburg 3 Monat 276⅝, do. auf Amſterdam 3 Monat 164⅚, do. auf Paris 3 Monat 347⅞, 1864er Prämien-Anleihe (geſtplt.) 152¾, 1866er Prämien-Anleihe (geſtplt.) 154½. Imperials 6, 02, Große Ruſſiſche Eiſenbahn 139, Intern. B. I. Em. —, do. II. Em. —.

Petersburg, 25. Februar, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 49¾, pr. Auguſt 50. Weizen pr. Mai 14. Roggen pr. Mai 7, 15. Hafer pr. Mai-Juni 4, 00. Hanf pr. Juni —. Leinſaat (9 Pud) pr. Mai 13¾. — Wetter: Kalt.

Königsberg, 25. Febr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen flau loco 121/122pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 47½, pr. Februar 47½, pr. Frühjahr 48⅝, pr. Mai-Juni 48⅞ Thlr. Gerſte unverändert. Hafer ſehr ſtill, loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. 38, pr. Frühjahr 40, pr. Mai-Juni 40 Thlr. Weiße Erbſen pr. 2000 Pfd. Zollgew. 44 Thlr. Spiritus pr. 100 Liter 100% loco 18 5/12, pr. Frühjahr 18⅔ Thlr., pr. Juli-Auguſt 19⅓ Thlr. — Wetter: Schön.

Danzig, 25. Febuar, Nachmittags 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen matt, bunter pro 2000 Pfd. Zollgew. 80—81, hellbunter 82—83, hochbunter u. glaſig 84—87, 126pfd. per Febr. 83, per April-Mai 83½ Thlr. Roggen geſchäftslos, 120pfd. loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. inländiſcher 52, 120pfd. pr. Februar 50, pr. April-Mai 50½ Thlr. Kleine Gerſte pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 46, große Gerſte pr. 2000 Pfd. Zollgew. 51—53 Thlr. Weiße Koch-Erbſen pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 43—44, do. Futter-Erbſen pr. 2000 Pfd. Zollgew. 41—42 Thlr. — Hafer pr. 2000 Pfd. Zollgew. 41—42 Thlr. — Spiritus 100 Liter 100 pCt. loco 17¾ Thlr. — Wetter: Froſt.

Köln, 25. Febr. Der Carnevalsfeier wegen kein Markt.

Paris, 25. Febr., Nachmitt. [Productenmarkt.] Rüböl ruhig, pr. Februar 97, 00, pr. März-April 95, 00, pr. Mai-Auguſt 94, 00. Mehl behauptet, pr. Febr. 70, 50, pr. März-April 70, 50, pr. Mai-Juni 70, 75. — Spiritus pr. Februar 53, 75. — Wetter: Bedeckt.

Liverpool, 25. Februar, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen 2 D., Mehl 6—12 D. Mais 3 D. niedriger. Vorrath von Getreide iſt ſtark im Abnehmen.

Amſterdam, 25. Februar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen pr. Mai 353, pr. October 340. Roggen pr. März 179½, pr. Mai 186½, pr. October 193½.

Bremen, 25. Februar. Petroleum feſt, Standard white loco 18 Mark bez.

Durch einen Gelegenheitskauf habe ich eine bedeutende Partie Cigarren billig erworben, und um dieſelben wieder ſchnell in's Geld zu ſetzen, verkaufe ich **Havanna-Cigarren** à Mille 13, 15, 16, 18, 20 und 25 Thlr., welche durchſchnittlich 30 pCt. mehr Werth ſind.
Alte Handarbeit-Cigarren werden wegen ihres ſchlechten Ausſehens zum ½-Koſtenpreiſe à Mille 8, 10, 12 und 13 Thlr. abgegeben. [2638]

A. Gonschior, Weidenſtr. 22.

Oberhemden

nach neueſtem Schnitt, ſehr praktiſch, da beim Anziehen derſelben alle Unbequemlichkeiten der ſeither gebräuchlichen Form, dieſelben über den Kopf anzuziehen, vermieden werden, ſowie ſämmtliche Herrenwäſche empfiehlt in nur reeller Waare unter Garantie des Gutſitzens billigſt [3269]

die Wäſche-Fabrik von

Hermann Heuſemann, Alte Taſchenſtr. 8.

Diamant-Fuchſin,

cryſtalliſirt in hochprima Waare à 2⅔ Thlr. per Pfd. Alle übrigen Anilin-Farben ebenfalls zu Fabrikpreiſen bei **Franz Darré** in Breslau.

Soſnowicer feinſt gedämpftes Knochenmehl I.

in bekannter Güte mit garantirtem Gehalt von 4—4½% Stickſtoff, 21 bis 23% Phosphorſäure ab Fabrik oder ab Lager in Breslau, ferner Ammoniak-Superphosphat und Superphosphat aus Bakerguano, Spodium oder Knochenaſche, ſowie ſämmtliche Kalidungſalze, offerirt zu Fabrikpreiſen

Eduard Sperling, Breslau,

Neue Oderſtraße 8a. [3268]

General-Agentur der Soſnowicer Dampf-Knochenmehl-Fabrik für Schleſien.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.